

Europas Wirtschaft 1991.
Ordnungspolitische Aufgaben in Ost und West

von Herbert Giersch

Mit einem Vorwort von
Gert Dahlmanns

Die Veröffentlichung dieser Studie wurde durch Unterstützung der
ADOLF-MESSER-STIFTUNG, Frankfurt, ermöglicht.

August 1991

Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung
Kaiser-Friedrich-Promenade 157, 6380 Bad Homburg
Telefon (06172) 42074, Telefax (06172) 42355

ISBN 3-89015-030-6

Inhalt

Wirtschaftsordnung als Freiheitsordnung – eine Chance für ganz Europa Gert Dahlmanns	5
Europas Wirtschaft 1991. Ordnungspolitische Aufgaben in Ost und West Herbert Giersch	13
Einleitung	13
Ordnungspolitische Grundsatzfragen in Westeuropa	15
Mittel- und Osteuropa im Übergang	33
Anmerkungen zum Systemwandel in anderen Ländern	53
Literaturverzeichnis	63

Wirtschaftsordnung als Freiheitsordnung – eine Chance für ganz Europa

Gert Dahlmanns

Die wichtigsten Fragen verbergen sich durch ihre Selbstverständlichkeit. Sie liegen jenseits dessen, was wir für fraglos halten. Frei zu sein, in Wohlstand und Sicherheit zu leben, das wird von uns schon lange für selbstverständlich und dauerhaft genommen - und gerade dadurch gefährdet. Nicht anders als die Erwartungen und Hoffnungen, die heute den ganzen europäischen Kontinent erfassen.

Europa bricht auf

Europa zerbricht die Fesseln der alten Ordnung. Die Konstruktionsgesetze seiner Teilung, die bis vor kurzem noch die Teilung der Welt markierten, sind aufgehoben. Auch der jüngste Versuch einer sowjetischen Entwicklungsumkehr vermochte daran nichts zu ändern. Im Gegenteil: Er hat die Unumkehrbarkeit dieses historischen Prozesses verdeutlicht, ja ihn gewaltig vorangetrieben. Erdbeben, Epochenschwelle oder Zeitenwende: Selbst zurückhaltende Beobachter der verschiedenen Disziplinen greifen zu den stärksten Vergleichen, um die Bedeutung des Wandels auf unserem Kontinent hinreichend zu erfassen.

Im *östlichen* Europa sind 140 Millionen Menschen - eine Zahl, die sich verdreifacht, nimmt man die Sowjetunion hinzu - im Begriff, in einer der größten unkriegerischen Veränderungen der jüngeren Geschichte aus ihren überkommenen Herrschaftsverhältnissen, Wirtschaftsordnungen und Sozialbeziehungen herauszutreten. Sozialismus und Planwirtschaft haben den Offenbarungseid geleistet. Sie konnten keines der Probleme bewältigen, zu deren Lösung sie einst erfunden wurden. Stattdessen haben sie zur systematischen

Zerstörung von Menschen und Lebensgrundlagen geführt. Die diesen Regimen unterworfenen Staaten, darunter das östliche Drittel des wiedervereinigten Deutschland, wurden dabei auf den Stand entwicklungsbedürftiger Länder geworfen. Sie stehen nach diesen Jahrzehnten wieder am Anfang - vor der Aufgabe, auf den zurückgelassenen Trümmern eine neue Werte-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzubauen. Dabei ist das, was sie mit ihren Revolutionen angezielt und mit der Umschichtung ihrer ökonomischen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse beherzt angepackt haben, alles andere als eine neue, auf spätere Epochen vertröstende Utopie. Was sie anstreben, ist vielmehr im Bild vom Westen wesentlich vorgeprägt: Parlamentarische Demokratie, rechtsstaatliche Verfassung und eine leistungsfähige, Wohlstand und soziale Sicherheit schaffende Wirtschaft.

Aufbruch herrscht auch im *westlichen* Europa. Er erscheint dort auf den ersten Blick zwar weniger dramatisch, weil er sich im vorgegebenen institutionellen Rahmen bewegt und beinahe bürokratisch vorangetrieben wird. Doch seine Folgewirkungen dürften nicht weniger einschneidend sein als die Entwicklungen im Osten, in deren Schatten er gegenwärtig steht. Die Gemeinschaft der Zwölf hat sich nicht nur das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis Ende 1992 durch Abbau aller Hemmnisse für den Verkehr von Personen, Gütern, Dienstleistungen und Kapital den schrankenlosen europäischen Binnenmarkt zu vollenden. Hinter diesem Vorhaben zeichnen sich erste Umrisse von Währungseinheit und einer politischen Union ab, die eines Tages die Form eines europäischen Bundesstaates annehmen könnten. Diese Entwicklungen und Perspektiven üben ihrerseits eine starke, räumlich immer weiter ausstrahlende Anziehungskraft auf andere Staaten aus, die den direkten Beitritt zur Gemeinschaft oder die Anlehnung daran suchen.

Visionen neuer Formen friedlichen Zusammenlebens und Zusammenwirkens haben so den *ganzen Kontinent* erfaßt. Sie laufen auf nichts weniger hinaus, als den Strom seiner Geschichte in ein neues

Flußbett zu lenken. Fragt man nach dessen Richtung und Ziel, gibt es von allen Seiten so gut wie nur eine für selbstverständlich gehaltene Antwort: die Trias von Frieden, Freiheit und Wohlstand, ergänzt um den Schutz des allen gemeinsamen Lebensraumes. Und doch: Die eigentliche Fragearbeit beginnt erst jenseits dieser Feststellung - mit der Suche nach dem Weg, der immer schon ein Stück des Zieles in sich trägt. Es ist die Suche nach der Ordnung, die wir uns geben wollen - beim jetzigen Wiederaufbau des östlichen, bei der fortschreitenden Integration des westlichen und beim allmählichen Zusammenwachsen des ganzen Europa.

Marktwirtschaft als menschengerechte Wirtschaftsordnung

Ordnung ist freilich einer der am meisten mißverstandenen und mißbrauchten Begriffe der Gegenwart. Doch sie liegt allem Lebenden und Geschaffenen als Bauplan zugrunde - bestimmt den katastrophensicheren Lauf der Gestirne, hält den menschlichen Organismus in gesundem Gleichgewicht und ermöglicht der Maschine den störungsfreien Lauf. Ordnung als zweckmäßiges Zusammenwirken einer Vielheit von Faktoren kennzeichnet auch jedes funktionierende Wirtschaftssystem und wirkt mit ihren Strukturprinzipien auf die dazu gehörende Gesellschaft und ihre Mitglieder zurück. Von allen bisher erdachten und erprobten ökonomischen Ordnungsmodellen hat die soziale Marktwirtschaft sich als das menschengerechteste erwiesen - als ein System, in dem die elementaren Antriebe des einzelnen zur Verfolgung seiner Eigeninteressen genutzt und gleichzeitig in den Dienst am Gemeinwohl gestellt werden.

Nur wenige Kernelemente sind es, die - ultrakurz - die marktwirtschaftliche Ordnung ausmachen: die ernstgenommene Handlungsfreiheit des Individuums; die daran geknüpfte Verantwortung des einzelnen für sich selbst, sein Tun und Unterlassen; der ungehinderter, fairer Wettbewerb der Ideen, Menschen, Produkte und selbst der Staaten untereinander, sowie eine soziale Absicherung, die im

Einzelfall vor dem Absturz bewahrt. Die bedeutsamste und zugleich kritischste unter den Voraussetzungen dieser Ordnung aber ist die richtige Aufgabenverteilung zwischen Individuum und Staat. Sie entscheidet nicht nur darüber, ob eine Volkswirtschaft effizient zu arbeiten, im Wettbewerb zu bestehen und Wohlstand für alle ihre Bürger zu schaffen vermag. Von dieser Funktionsteilung und ihrer Einhaltung hängt letztlich auch ab, ob der von allen für selbstverständlich erachteten Freiheit tatsächlich Dauer beschieden ist oder ob sie ihrer allmählichen Auszehrung entgegengeht - in unserem eigenen, eher selbstzufriedenen Land, im gerade sich befreienden Osten und im enger zusammenrückenden westlichen Europa.

Ordnungsstörungen bedeuten Freiheitseinbußen

Auch wenn die Wirtschaftsdaten der Vergangenheit es teilweise verdecken konnten: Wir in der Bundesrepublik leiden seit langem und mit zunehmender Intensität an einer Ordnungsstörung gerade im kritischsten aller Bereiche. Die Aufgabenverteilung zwischen Individuum und Kollektiv ist aus ihrem natürlichen Gleichgewicht geraten. Der Staat, dessen Hauptaufgabe die Gewährung von Rechtssicherheit für seine Bürger, die Bereitstellung eines wachstumsfördernden Rahmens für ihre Aktivitäten und das Knüpfen eines elementaren sozialen Netzes ist, hat sich inzwischen hoffnungslos übernommen. Jahrzehntelang haben Parteien und Politiker gewetteifert, vom Bürger Ansprüche entgegenzunehmen und selber immer neue für ihn zu erdenken. So wuchs der Staat allmählich mehr und mehr in die Rolle des für das Lebensglück und die Lebenszufriedenheit seiner Bürger verantwortlichen Agenten und entartete dabei zu einer riesigen, auf Bedürfnisbefriedigung ausgerichteten Maschinerie, die dennoch mit den an sie gestellten Anforderungen nicht mitkommen kann, weil Bedürftigkeit, die immer weniger nach der Eigenkompetenz fragt, zum Dauerzustand wird.

Aus dieser Fehlentwicklung zu einer sich gewaltig übernehmenden öffentlichen Hand rühren, in vereinfachender Betrachtung, fast alle

weiteren Ordnungsmängel unseres in Richtung Regulierungs-, Verteiler- und Verwaltungsstaat steuernden Gemeinwesens her. Es sind dies vor allem die Eingriffe in das Wirtschaftsleben durch Regulierungen und Subventionen. Sie haben dazu geführt, daß mittlerweile die Hälfte der deutschen Wirtschaft vom Staat direkt beeinflußt oder aus dem Kräfteressen des Wettbewerbs herausgenommen wird - was die wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten des einzelnen beschneidet, die Angebotsbedingungen der Wirtschaft verzerrt, Kosten und Preise hochtreibt, Wahlmöglichkeiten der Verbraucher verschlechtert und, da es keinen echten Arbeitsmarkt gibt, für die Arbeitssuchenden zusätzliche Hürden errichtet. Es sind dies des weiteren die völlige Verbiegung der sozialen Sicherungssysteme in das Gegenteil ihrer ursprünglichen, auf Hilfe zur Selbsthilfe zielenden Absicht, das System einer Tarifautonomie, die sich für den Erhalt von Beschäftigung nicht mehr verantwortlich fühlt und schließlich, infolge der ganzen Überhebung, der Zwang zu immer höheren Steuern und Abgaben. Doch nicht nur die dadurch verursachten Effizienzverluste kommen den Bürger teuer zu stehen. Es ist vor allem der damit zwangsläufig einhergehende Verlust an persönlicher Freiheit, der Anlaß zur Sorge gibt.

Politik und Gesellschaft sind im Augenblick dabei, diese grundlegenden Webfehler in noch gesteigertem Maße auf die neuen Bundesländer zu übertragen und damit auch den *osteuropäischen Ländern* falsche Signale zu geben. Daß die dort lebenden Menschen - angesichts ihrer Erfahrungen aus vierzig Jahren Vergangenheit und mit dem westlichen Wohlstandsniveau vor Augen - versucht sind, zur kurzfristigen Lösung ihrer Probleme eher auf den eingreifenden, umverteilenden Staat zu setzen als auf eine sich langsam und noch dazu mit oft rauen Sitten entwickelnde Marktwirtschaft, kann nicht verwundern. Politiker nahezu aller mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten sehen schon die Gefahr, das Ausbleiben schneller, vom Staat induzierter wirtschaftlicher Erfolge könne selbst den demokratischen Prozeß wieder gefährden.

Vor solchem Hintergrund sind Transfers in die neuen Bundesländer selbst in großem Umfang auch unter rein ökonomischen Aspekten durchaus sinnvoll. Doch problematisch werden diese Leistungen dann, wenn sie nicht in erster Linie investiv, sondern für konsumtive Zwecke verwendet werden. Führt das dazu, daß die alten Verhältnisse und Strukturen erhalten und nur kaschiert werden, daß Arbeitslosigkeit durch staatliche Großmaßnahmen statistisch versteckt wird, wettbewerbsunfähige Betriebe weitergeführt und Märkte verfälscht werden, dann wird damit der Weg zur eigenen wirtschaftlichen Erstarkung der neuen Länder von vornherein verbaut und die Bevölkerung zu Dauerempfängern staatlicher Wohltaten gestempelt, statt ihre Lebensgrundlagen schon bald selber erarbeiten zu können.

Schließlich läuft auch die *Europäische Gemeinschaft* Gefahr, durch fehlgeleitete Rollenverteilung zwischen öffentlicher und privater Hand ihre eigentlichen Triebkräfte entscheidend zu schwächen. Hier ist es vor allem die in den Köpfen von Politikern, Eurokraten und Interessengruppen spukende Zwangsvorstellung von den auf administrativem Wege zu schaffenden gleichen Lebensverhältnissen in ungleichen Räumen, die zu immer mehr dekretierter Angleichung und Markteingriffen führt. In einem konsequent in diese Richtung getriebenen Prozeß hat die Europäische Kommission in Brüssel dazu immer mehr Kompetenzen an sich gezogen und greift mittlerweile mit ihren Richtlinien, Verordnungen und Akten immer stärker regulierend in das Wirtschafts- und Sozialleben ein. Die Kommission und viele der sie tragenden Regierungen setzen damit in ungesunder Weise auf Intervention statt auf Markt, auf Zentralismus statt auf Subsidiarität und Vielfalt, auf versorgungsstaatliche Elemente statt auf Eigeninitiative und individuelle Verantwortung.

Sozialistische Anwandlungen in uns

Nimmt man das alles in äußerster Verkürzung zusammen, so ergibt sich: Der Sozialismus als Staatsform hat in Europa weitgehend,

vielleicht sogar endgültig, ausgedient. Die von ihm ausgehende Gefahr für eine freiheitliche Verfaßtheit dieses Kontinents und seiner Staaten ist damit aber keineswegs überwunden. Sie rührt heute und hinfort von den sozialistischen Anwandlungen in uns selber her.

Die schon klassische, einst von Schelsky formulierte Frage stellt sich mit unverminderter Aktualität: Wovon werden wir morgen leben? Von Kollektivbeschlüssen, die - über unsere Köpfe hinweg gefällt - uns zu Objekten wohlfahrtsstaatlicher Bürokratien, zum angeglichenen und betreuten Bürger machen, dem nur noch wenig eigener Handlungsspielraum bleibt? Oder von der schöpferischen Initiative, von Leistungsfreude und Verantwortungsbereitschaft des einzelnen, vom Wettbewerb als Kräftermesser und Entdeckungsverfahren, in dem der Gesellschaft wie dem einzelnen neue Entfaltungsmöglichkeiten zuwachsen?

Daß eine eindeutige Antwort hierauf nicht mit Bestimmtheit gegeben werden kann, ist alarmierend genug. Abhängen wird sie davon, wie wir die Welt - und uns in ihr - begreifen und wie wir sie Kindern und Enkeln hinterlassen möchten. Wann wäre es je dringender gewesen, darüber nachzudenken als jetzt, wo der Boden der europäischen Umbrüche noch nicht erkaltet ist. Noch können wir die Richtung bestimmen. Aber mit jedem weiteren Schritt in den Kollektivismus wird der Spielraum enger.

Es ist das Verdienst von *Herbert Giersch*, diese durch ihre scheinbare Selbstverständlichkeit verborgenen Grundfragen ans Licht zu heben. Als Nestor der deutschen Nationalökonomie und langjähriger Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft analysiert und beantwortet er sie in der hier vorgelegten Untersuchung aus der unbestechlichen Sicht des ein Leben lang in Ordnungszusammenhängen denkenden Wirtschaftswissenschaftlers. Die Studie, am 1. Mai dieses Jahres abgeschlossen, ist - wie es dieser Schriftenreihe entspricht - nicht für den Tag geschrieben. Ihre Analysen, Schlußfolgerungen und nachdrücklichen Empfehlungen

sind vielmehr von unverbrauchter Aktualität. Sie wissen - im unaufhaltsamen Strom immer neuer Entwicklungen, Erkenntnisse und Zugzwänge - das Wichtige vom weniger Wichtigen zu unterscheiden und bieten sich geradezu an, bei den wirtschafts-, gesellschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen dieser Monate und Jahre immer wieder Halt und Orientierung zu geben. Sie sorgen im besten Wortsinn für Aufklärung und zeigen, wie wir unser Wirtschaften, Denken und Handeln einrichten müssen, damit nicht ausgerechnet in dieser Epoche äußerer Befreiung der Grund für neue, dauerhafte Unfreiheiten im Innern gelegt wird.

Europas Wirtschaft 1991. Ordnungspolitische Aufgaben in Ost und West

Von **Herbert Giersch**

I. EINLEITUNG

Wir leben in einer Zeit schneller Geschichte, mit großen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Diese ergeben sich, wenn man so will, aus dem Zusammenwirken von Tatsachen und Ideen, von Sein und Bewußtsein. Ideen, die sich ausbreiten, leiten die Menschen bei zielstrebigem Denken und Handeln, zielstrebiges Handeln schafft Tatsachen und Veränderungen im Sein. Und das Sein, so es verständig gedeutet werden kann, ist in seinem Wandel dazu angetan, vorgefaßte Meinungen und Ideen umzustößen oder zu stützen und sorgfältig formulierte Hypothesen zu korrigieren. Man kann auch von gesellschaftlichen Lernprozessen sprechen. Es scheint, als ob sie sich allenthalben beschleunigten, zumindest dort, wo die Menschen die Möglichkeit haben oder erlangen, in Freiheit zu reden und zu schreiben, zu hören und zu lesen. Im Vordergrund steht dabei nicht zuletzt das "Wie" des Zusammenlebens in Wirtschaft und Gesellschaft. Darauf richtet sich auch hier das Augenmerk.

Europa befindet sich in einem dramatischen Prozeß gesellschaftspolitischer Veränderungen. Im Westen des Kontinents geht es um die Vollendung des EG-Binnenmarkts als Markt, also um den Abbau der Hemmnisse, die den grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr behindern. Im Osten des Kontinents drängt die Entwicklung zur Liberalisierung schlechthin, also zum Abbau des kollektivistischen Zwanges, der die Menschen und ihre Initiative dem Kommando einer Zentralen Planbehörde unterworfen hat.

Das Jahr, das diese Wende in Europa markiert, war 1985. Es brachte mit dem Auftreten Gorbatschows den Beginn der Perestroika in

der Sowjetunion und mit dem Wirken eines britischen EG-Kommisars (Lord Cockfield) die Ankündigung des Binnenmarkt-Projekts 1992. Ein Jahr fünf vorher schon hatte sich in Großbritannien und den U.S.A. eine Hinwendung zu den Werten des klassischen Liberalismus vollzogen, gefolgt von Reformen in einigen Ländern des Commonwealth. Noch früher zu erkennen war die Tendenz zur Liberalisierung in China nach dem Tode Maos.

Wer wohl hätte Ende der sechziger Jahre auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution in China und der Studentenrevolte im Westen mit Gewißheit vorhersagen wollen, es werde die Renaissance des Marxismus schon so bald einer Renaissance des klassischen Liberalismus Platz machen? Es gab einige unter den Intellektuellen, die eine derart optimistische Einschätzung mit ihrem Bekenntnis zu liberalen Werten verbanden; aber das Häuflein war klein. Im Westen erhielten sie Hilfe von den Fakten: vom Wuchern des Steuer- und Subventionsstaates, der nicht halten konnte, was man sich von ihm versprochen hatte; vom Ausufern der staatlichen und korporatistischen Regulierungen, die zu sklerotischen Erstarungen und funktionslosen Renten-Einkommen führten; vom Scheitern einer Makropolitik, die statt hoher Beschäftigung eine Beschleunigung des Inflationsprozesses brachte; und vom Fortschritt der Technik, der die Märkte öffnen half, auch indem er die Transport- und Kommunikationskosten drastisch senkte, also die Welt kleiner werden ließ.

Dieses Kleinerwerden erklärt, warum die Tendenz zum Liberalismus der offenen Märkte auf Mittel- und Osteuropa übergriff. Greifbar nahe wurde für die Menschen jenseits der Elbe das Erlebnis von Freiheit und Wohlstand, das ihnen versagt war; deutlich erkennbar wurde plötzlich der Rückstand im technischen Standard von Konsum und Produktion, den sie in der geschlossenen Kommandowirtschaft hinnehmen mußten. So kam es zu den Fluchtbewegungen. Wenn Wissen und Kapital nicht zum Faktor Arbeit gelangen können, wandert die Arbeit dorthin, wo Wissen

entsteht und Kapital gebildet wird. Entscheidend für die Wende in Mittel- und Osteuropa war so die Anziehungskraft der liberalen westlichen Zivilisation.

Man kann das, was im Westen Europas an Integration und im östlichen Teil an Transformation geschieht oder nötig ist, unter verschiedenen Aspekten darstellen. Ohne ein Vereinfachen geht es nicht, also auch nicht ohne die Abstraktion, die ein vereinfachendes Weglassen ist. Übrig bleiben muß das, was einen Standpunkt und eine Perspektive ergibt, möglicherweise auch eine Orientierungshilfe. Der rote Faden, der die beiden Teile über Westeuropa und Osteuropa verknüpft, ist der ordnungspolitische Leitgedanke, das "Wie" des menschlichen Zusammenlebens in der Wirtschaft und der modernen Großgesellschaft, also in der "extended order" im Sinne Friedrich von Hayeks, der im Jahr der Wende (1989) in Freiburg sein neuntes Lebensjahrzehnt vollendete.

II. ORDNUNGSPOLITISCHE GRUNDSATZFRAGEN IN WESTEUROPA

Im Jahre 1991 gedenkt die Wirtschaftswissenschaft im deutschen Sprachraum des 100. Geburtstages eines anderen Freiburger Gelehrten: Walter Eucken. Er hat uns ordnungspolitisch sensibilisiert, indem er außer dem Begriff Wettbewerbsordnung das Begriffspaar Zentralverwaltungswirtschaft/Verkehrswirtschaft in den Vordergrund rückte. Wir können die beiden Pole auch anders benennen - Zentralismus versus Subsidiarität, Hierarchie versus horizontale Kooperation im Tauschverkehr, Monopol versus Wettbewerb, Kommandowirtschaft versus Selbstregulierung, Bürokratie versus Marktwirtschaft, Kollektivismus versus Privatisierung, Sozialstaat versus Privatrechtsordnung, Sozialismus versus Individualismus. Jedes Begriffspaar beleuchtet einen besonderen Aspekt der Ordnung. Um das zu beschreiben, was wir unter Marktwirtschaft in reiner Form verstehen, muß man die verschiedenen Punkte addieren: Dezentralisierung, Subsidiarität, Wettbe-

werb, Selbstregulierung, Privatisierung, Privateigentum, Individualismus. Wer das Wort nicht scheut, mag das Ganze "Kapitalismus" nennen, genauer: Wettbewerbskapitalismus.

Westeuropa war die Wiege dieser Form des Wirtschaftens und der modernen Zivilisation überhaupt. In den wirtschaftsgeschichtlichen Vorlesungen von Max Weber (1923, S. 288 f.) heißt es hierzu sinngemäß: Im Gegensatz zu den russischen Städten besaßen die Städte im Westen Europas viele Freiheiten. Diese wurden ihnen zwar in der Neuzeit entzogen wie den Städten der Antike unter der Herrschaft der Römer. Und wörtlich: "Aber zum Unterschied von damals gerieten sie (die Städte) in die Gewalt konkurrierender Nationalstaaten... Deren Konkurrenzkampf gab dem neuzeitlich-abendländischen Kapitalismus die größten Chancen. Der einzelne Staat mußte um das freizügige Kapital konkurrieren, das ihm die Bedingungen vorschrieb, unter denen es ihm zur Macht verhelfen wollte. Aus dem notgedrungenen Bündnis des Staates mit dem Kapital ging der nationale Bürgerstand hervor, die Bourgeoisie im modernen Sinn des Wortes. Der nationale Staat also ist es, der dem Kapitalismus die Chancen des Fortbestehens gewährleistet; solange er nicht einem Weltreich Platz macht, wird also auch der Kapitalismus dauern". Inzwischen gibt es mehrere Bücher, die Europa aus den von Weber erwähnten Gründen zur Wiege der modernen Zivilisation erklären (Jones, 1989; Rosenberg und Birdzell, 1986).

Den Kernpunkt treffen wir, indem wir auf den Wettbewerb der Staaten abstellen. Es ist ein Wettbewerb um die Ressourcen, die über die staatlichen Grenzen hinweg mobil sind, also um das Investitionskapital und das Humankapital, um die Unternehmer und die Sitze der Unternehmen, um die bedeutenden Künstler und Forscher und um die guten Fachkräfte, kurz: um jene mobilen Faktoren, die ihrerseits positive Standortfaktoren sind und möglicherweise beim Sesshaftwerden weitere mobile Faktoren anlocken. Gewinner sind die immobilen Faktoren in den Zuwanderungsgebieten, also vor allem die Bodenbesitzer, aber auch die

weniger qualifizierten Arbeitskräfte, die zu den angelockten Ressourcen komplementär sind, und sogar die Armen, die auf Zuwendungen aus öffentlichen Kassen angewiesen sind. Hoffnungen, daß ein kumulativer Entwicklungsprozeß in Gang kommt oder sich beschleunigt, geben den Zugeständnissen, die im Interesse eines offensiven Standortwettbewerbs an die potentiellen Bezieher hoher Einkommen gemacht werden, den Charakter einer Investition. Der Einkommens-Redistribution sind im Standortwettbewerb Grenzen gezogen, wenn volle Freizügigkeit herrscht. Denn man will ja die guten Steuerzahler anlocken, nicht die Hilfsbedürftigen, die ihre Seßhaftigkeit anderswo aufgeben, um sich an den Rändern der prosperierenden Ballungszentren niederzulassen.

Den kürzeren ziehen im Standortwettbewerb die Länder, die das mobile Kapital und Humankapital hoch besteuern oder bürokratisch reglementieren und so in seinen Entfaltungsmöglichkeiten beschränken. Wenn diese Staaten das Abwandern der zukunftsorientierten mobilen Ressourcen nicht gewaltsam verhindern können, müssen sie mit Reformen antworten - mit niedrigeren Spitzensteuersätzen, mit einem Abbau der Unternehmenssteuern, mit einer Deregulierung der Wirtschaft. Auf diese Weise kommt es zu einer Liberalisierung des Lebens, im Extremfall zum Übergang von der Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft. Der Standortwettbewerb wird zum Systemwettbewerb, wenn Freizügigkeit herrscht oder sobald sie von den Menschen erzwungen wird. Wir haben es im Mittel- und Ostteil Europas seit 1989 erlebt.

Die Schwächung des Staates durch den Wettbewerb der Staaten hat einen tiefgreifenden Wandel zur Folge. Grundsätzlich zwingt der Wettbewerb die staatlichen Gebilde zu größerer Effizienz. Wie ein Privatunternehmen, das seine Monopolstellung verliert, muß der Staat die Produktpalette bereinigen, sich also auf jene Aufgaben beschränken, die nur er erfüllen kann oder für die er einen komparativen Vorteil hat in dem Sinne, daß er sie besser zu erfüllen vermag als der Markt. Dies heißt Privatisierung und Deregulierung und ein

Kürzen der Staatsausgaben. Widerstand gegen das Abspecken des Staates auf der Ausgabenseite kommt von der Bürokratie und den Subventionsempfängern. Wahrscheinlich muß daher das Abmagnern auf der Steuerseite ansetzen: Steuersenkungen zum Mobilisieren des Diktats der leeren Kassen. Dies läßt allerdings, wie die Erfahrung zeigt, die Staatsdefizite steigen.

Wo die Grenzen der Verschuldung und Neuverschuldung für den Staat liegen, ist vom Schreibtisch aus nicht zu sagen. Die Antwort kann nur der Markt geben, hier der Kapitalmarkt. Er wird im Zuge des Trends, den wir beschreiben, künftig die Bonität der Staaten - und der nachgeordneten Gebietskörperschaften - als Schuldner zunehmend ins Auge fassen und das Risikoelement stärker unter die Lupe nehmen. Weltwirtschaftlich bedenklich ist, daß durch den Trend zu höherer Staatsverschuldung die Kapitalbildung leidet und daß dies zumindest kurzfristig den Realzins für alle nach oben treibt und private Investitionsvorhaben, die wachstumsträchtig sind, in die Zukunft abdrängt. Umso dringlicher wird dadurch der Abbau der staatlichen Subventionen und das Kürzen solcher öffentlichen Ausgaben für Konsum- und Investitionszwecke, die weniger wichtig erscheinen. Der hohe Realzins, den wir heute haben, ist ein Signal dafür. Ihn der Geldpolitik anzulasten, wäre eine Fehldiagnose, die zu einer falschen Therapie verleitet.

Schon gibt es Stimmen, die auf die Grenzen des Systemwettbewerbs hinweisen. Man könnte ihnen beipflichten, wäre das staatliche Ausgaben- und Regulierungssystem optimal oder gäbe es - im Falle seiner Überdimensionierung - keine realistischen Möglichkeiten, verschwenderische Ausgaben zu kürzen und jene Regulierungen zu beseitigen, die für die Bevölkerung mehr Schaden als Nutzen stiften. Von diesen Grenzen sind wir nach meinem Urteil weit entfernt. Und welche andere Kraft gibt es, die Schwächeren zu schützen, als den ständigen Wettbewerb der Anbieter um die Nachfrager und der Staaten um ihre Bürger? Dieser Wettbewerb beruht auf der Chance der Abwanderung, nicht auf dem

stimmkräftigen Protest. In der Terminologie Albert Hirschmans beruht er auf “exit”, nicht auf “voice”. “Voice” mag hier und da helfen. In Europa freilich hat die jahrhundertelange Abwanderung nach Amerika mit dazu geführt, daß das verbale Werben für offene Märkte im politischen Diskurs schwächer ist, als es sein könnte. Entsprechend stärker sind auf dieser Seite des Atlantik die Tendenzen zum Subventionsstaat, zur “Rent-seeking Society” und zur Abschottung der Märkte, Tendenzen, die von der Stimmkraft organisierter Interessengruppen gefördert werden.

Deshalb gehört zur Tradition Europas nicht nur der Wettbewerb in der Kleinstaaterei (den man, wie gesagt, heute als Wiege der westlichen Zivilisation herausstellt), sondern auch der Korporatismus, der die Tendenzen zur Verhärtung der Märkte begünstigt und so auch die Gefahr der Eurosklerose mit sich bringt.

Im Prinzip gilt für den Korporatismus folgendes: Statt auf die Koordination der Einzelwirtschaften im anonymen Wettbewerb, setzt er auf die Solidarität derer, die sich gegenseitig kennen, und dies auf Märkten, die gegen anonyme Außenseiter und Aufsteiger geschützt sind. Hier geht es um die Zusammenarbeit in Zünften; um die Koordination in Kartellen; um das Zusammenwirken von Bürokratie und Interessengruppen; um die Herrschaft der Verbände (Eschenburg); um “Rent-seeking” und Filz; um konkrete Marktergebnisse, nicht um abstrakte Ordnungen; um Angleichung der Lebensverhältnisse in einem EG-Binnenmarkt. Das Entscheidende hier ist das Schließen der Märkte - durch Außenhandelsprotektion, durch staatliche Marktzutrittsbeschränkungen, durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen im Falle von Tarifverträgen und durch Zunftzwang in jedweder Form der Außenseiterdiskriminierung. Die Unterscheidung zwischen “uns” und den anderen, zwischen “Insiders” und “Outsiders”, ist ganz natürlich. Schon Adam Smith erkannte vor über 200 Jahren, daß Vertreter desselben Gewerbes auch bei festlichen Gelegenheiten selten auseinandergehen, ohne vorher eine Verabredung zu treffen, die Dritte benachteiligt.

Im zwischenstaatlichen Bereich ist diese Tendenz nicht weniger ausgeprägt. Man verwendet nur andere Begriffe. Die Rivalität im wirtschaftspolitischen Wettbewerb wurde (von Ökonomen) als beggar-thy-neighbour policy denunziert, die geld- und fiskalpolitische Kooperation fachübergreifend hochgelobt, als sei die Alternative dazu ein blutiger Krieg. "Gemeinsam", "zusammen", im "Konsens" will man vorankommen. Um dem Wettbewerb der Steuersysteme zu begegnen, propagiert man die Steuerharmonisierung, und um dem Währungswettbewerb ein Ende zu bereiten, drängt man auf ein Wechselkurskartell mit unveränderlichen Austauschrelationen als Vorstufe zu einer Währungsunion, die dann einem Monopol entspricht. Das Projekt 1992 erhält - wie die Zollunion der Sechs dreieinhalb Jahrzehnte vorher - seine Attraktivität im praktischen Leben dadurch, daß es Freiheit und Gleichheit für einen begrenzten Raum verspricht, mehr Freiheit und Gleichheit - nicht durch anonymen Wettbewerb weltweit, sondern mehr Freiheit und Gleichheit im Binnenmarkt, sozusagen unter Brüdern.

Es sollen, so sagt man richtig, im Binnenverkehr Transaktionskosten eingespart werden - durch das Wechselkurskartell, die Harmonisierung der Systeme und die Standardisierung der Produkte. Einheit macht, auch dies ist richtig, alles einfacher und übersichtlicher. Doch der Preis, der dafür zu bezahlen ist, ist nicht gering. Er schlägt sich nieder in einem Weniger an Kontrolle durch den anonymen Wettbewerb. Dies ist auch deshalb so, weil die Vereinheitlichung in einem begrenzten Raum den Marktzutritt für Außenseiter erschwert und auf diese Weise tendenziell wie ein Zoll wirkt. Aus der Theorie der Zollunion wissen wir, daß der Zollabbau im Innern für die Weltwirtschaft ein zweischneidiges Schwert ist. Er senkt die Transaktionskosten auf dem Binnenmarkt und vermindert die Wettbewerbschancen der Drittländer. Dies gilt selbst dann, wenn die Außenprotektion für sich genommen nicht zunimmt. Beim Harmonisieren und Normieren kann man den Grad der Außenprotektion nicht so einfach bestimmen wie beim Zoll und damit auch nicht so einfach konstant halten;

möglicherweise wird die Binnennorm so spezifiziert, daß sie auf den Wissens- und Erfahrungsschatz der Inländer zugeschnitten ist und zu ihm besser paßt als zu dem der Außenseiter, die bei Normenvielfalt im Innern wenigstens auf Teilmärkten so wie zu Hause absetzen könnten. Nehmen wir als Beispiel die Qualitätsnormen für Produkte. Sie machen es für die Konsumenten im Inland leichter, sich qualitätsbewußt zu verhalten; die Verbraucher brauchen nicht mehr soviel selbst zu entscheiden. Aber es werden durch solche Mindestnormen andere ausgeschlossen, so etwa die Anbieter aus ärmeren Ländern, für die ein hohes Maß an Qualitätsbewußtsein noch zu kostspielig ist. Sie müßten, um der Europannorm zu genügen, für den Export andere Produkte herstellen, als auf ihrem Inlandsmarkt nachgefragt werden.

Dem Kartell- und Regulierungsprinzip der Normeneinheit steht diametral entgegen das Prinzip des Normenwettbewerbs und der Deregulierung, wie es vom Europäischen Gerichtshof im berühmten Cassis de Dijon-Urteil formuliert wurde. Sinngemäß besagt dieses Prinzip: Was innerhalb der Gemeinschaft im Ursprungsland rechters angeboten wird, darf im Bestimmungsland nicht mit einem Einfuhrhemmnis abgewehrt werden. Europäisches Bier, das nicht nach dem deutschen Reinheitsgebot gebraut wird, muß frei in die Bundesrepublik eingeführt werden dürfen. Londoner Versicherungen, die der weniger strengen Aufsicht in Großbritannien unterliegen, müssen ihre Leistungen auch auf dem streng beaufsichtigten deutschen Versicherungsmarkt anbieten dürfen. Dies läuft auf die gegenseitige Anerkennung von Normen und Standards hinaus. Die Bürger werden für mündig erklärt und dürfen frei wählen. Tendenzen der Vereinheitlichung wird es da schon geben, wenn die Einheitlichkeit Kosten einsparen hilft und die Nachfrager dies als einen hinreichenden Vorteil ansehen. Naheliegend ist der Vergleich mit der Sprache, auch mit dem Geld. Eingeschränkt werden darf der Wettbewerb der Normen und Standards nach diesem Prinzip nur insoweit, wie das öffentliche Interesse es gebietet, also schädliche Drittwirkungen, etwa im Umweltbereich, vermieden werden sollen.

Die Grenzen sind fließend, gewiß, aber das Wettbewerbsprinzip betont im Zweifel die Vielfalt und respektiert als letzte Entscheidungsinstanz das Urteil der Nachfrager. Risiken lassen sich nicht ausschließen, aber das Prinzip der Offenheit erlaubt ja auch weitgehende Möglichkeiten des Experimentierens, und es sorgt so dafür, daß sich die Möglichkeiten der Schadensverhütung und Schadensbegrenzung durch den Fortschritt des Wissens erweitern. Das entgegengesetzte Prinzip der verordneten Einheitlichkeit hat demgegenüber einen Abschließungseffekt nicht nur nach außen, sondern auch im Blick nach vorn.

Der Abschließungseffekt nach außen ist direkt verknüpft mit den Vorteilen, die der einheitliche Binnenmarkt bietet. Deshalb drängt es Drittländer zum Beitritt, sind die Wirtschafts- und Währungsunionen räumlich expansiv, läuft die Weltwirtschaft Gefahr, sich in große Blöcke zu gliedern: EG-Binnenmarkt 1992, Amerikanische Freihandelszone von Alaska bis Mexiko, Ostasiatischer Wohlstandsraum mit dem Zentrum in Japan. Ähnliches vollzieht sich in Form der Unternehmenskonzentration: Elemente des Wettbewerbs verschwinden oder werden ausgeschaltet im Interesse von Kosteneinsparungen, die man auch als Größenvorteile, Skalenerträge und Synergieeffekte bezeichnet. Kritiker sprechen von Expansionsdrang, Machtstreben und Zentralismus. Sie haben meine Sympathie. Westeuropa läuft Gefahr, dieser Konzentrationsstendenz zu viel Raum zu geben, und dies zu einer Zeit, in der die Ineffizienz zentralistischer Großgebilde in Mittel- und Osteuropa dramatisch sichtbar wird.

Dieser Punkt, der für West- und Osteuropa gleichermaßen wichtig ist, verdient einige Bemerkungen grundsätzlicher Art. Denn die Kostenersparnisse der Massenproduktion, die sogenannten Skalenerträge, die Vorteile der Einheitlichkeit oder Homogenität und die vielzitierten Synergieeffekte sind nicht so groß, wie man im Rahmen eines veralteten mechanistischen Weltbildes oder auf-

grund der Vergangenheitserfahrungen zu glauben geneigt ist. Vier Thesen sollen diese Einschätzung begründen.

- (i) Größenvorteile werden oft überschätzt, weil und soweit man intuitiv an bestimmte bilaterale Auseinandersetzungen denkt, die auf die Unterwerfung der anderen Seite zielen. Da kann Masse ausschlaggebend sein wie das Übergewicht auf einer Waagschale. In der lebendigen Welt jedoch herrscht Wettbewerb in Vielfalt. Da kann Masse leicht aufgewogen werden durch das Manko der Schwerfälligkeit, so bei Lebewesen durch Unzulänglichkeiten im Beobachtungs-, Entscheidungs- und Steuerungssystem: Der Koloß ist inflexibel. Dieses Manko nimmt mit der Größe zu, also mit der Anzahl der Einheiten oder Zellen, die zentral gesteuert werden müssen. Große Tiere brauchen - im Gegensatz zu Einzellern - ein höchst komplexes Nervensystem. Oft können sie nur als Dickhäuter und Schalentiere überleben, gleichsam mit Außenprotektion oder Monopolmacht. So wie die Bäume nicht in den Himmel wachsen, gibt es auch Überlebensgrenzen für zentral gesteuerte Großgebilde im Bereich menschlicher Organisationen. Größe verlangt daher Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse und Delegation von Verantwortung. Dies ist ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips. Selbst die Lebenserwartung des einzelnen Menschen ist nicht positiv korreliert mit seiner Größe. Im Gegenteil: Statistische Untersuchungen scheinen zu zeigen, daß die Lebenserwartung der Frauen (auch) deshalb höher ist als die der Männer, weil Frauen in der Regel kleiner sind (Miller, 1990).
- (ii) Abgesehen von der quantitativen Überlegenheit auf der Waage oder im bilateralen Kampf, gibt es Größenvorteile vor allem wegen eingebauter Unteilbarkeiten, zum Beispiel unteilbare Elemente im Produktionsapparat oder unteilbare Produktionsverfahren. Eine mechanistische - im Gegensatz zu einer biologischen - Interpretation der Wirtschaftswelt, so steht zu

vermuten, hat zunächst dazu angeregt, Größenvorteile zu suchen. Man hat sie - wie gesucht - auch gefunden, und zwar bei den Kapitalgütern ebenso wie in Form der Fließbandproduktion. Vor zwei Jahrzehnten stellte E.F. Schumacher einen neuen Wegweiser auf: "Small is Beautiful!" Inzwischen gibt es Möglichkeiten der Miniaturisierung, an die früher nicht zu denken war. Und das Sinken der Transport- und Kommunikationskosten verringert die Vorteile der Ballung; es verringert auch die Vorteile der Fließbandproduktion auf engstem Raum. Warum der technische Fortschritt zunächst zur Gigantomanie und erst sehr viel später zur Miniaturisierung geführt hat, ist eine offene Frage; aber wahrscheinlich mußten erst die Nachteile der Größe überwiegen, bevor man die Chancen des Kleinen explorieren konnte. Nach dem ästhetischen Charme des Kleinen und dessen, was stärker gegliedert ist, sehen wir nun auch die produktionstechnischen und ökonomischen Möglichkeiten des Minuziösen und so auch der kleinen Entscheidungseinheiten und Teams.

- (iii) Soweit die wirtschaftlichen Größenvorteile auf Kosten der Vielfalt gehen, beeinträchtigen sie die Kräfte der Selbstheilung und der zivilisatorischen Evolution. Gewiß: Man kann den gradlinigen Wissensfortschritt auf vorgezeichneten Bahnen forcieren, wenn erst einmal ein fruchtbarer Ansatz vorhanden ist. Auch ist die Gruppe, die ein anregendes Brainstorming erlaubt, produktiv im Entwickeln neuer Ansätze. Aber der schöpferische Gedanke ist wohl ein Einfall, der sich in erster Linie aus Gedankenverbindungen innerhalb eines einzelnen Gehirns ergibt. Die horizontale Kooperation, wie sie mit der Arbeitsteilung der Hände korrespondiert, entwickelt sich spontan auch als Arbeitsteilung der Köpfe. Gibt man dieser Arbeitsteilung der Köpfe (die charakteristisch ist für die westliche Zivilisation überhaupt), hierarchische Formen der Organisation, wie es naheliegt, wenn es auf Größe, die kritische Masse oder Ballung ankommt, so entstehen aus

der bürokratischen Subordination Gefühle der Frustration; und die Konzentration der Kräfte auf das Innenverhältnis schafft Grenzen nach außen und Distanz zu Dritten. Auf diese Weise macht ein Zuviel an Größe steril.

- (iv) Die evolutorisch fruchtbare Konkurrenz ist Konkurrenz in der Vielfalt, nicht homogene, sondern heterogene Konkurrenz. Jede Produktinnovation macht die Konkurrenz unvollkommen oder - wie man auch sagt - monopolistisch, jede Ausbeutung neuen Wissens geschieht im Blick auf einen - oft nur vorübergehenden - Monopolgewinn. Außenseiter versuchen, diesen Monopolgewinn zu antizipieren und zum Überwinden von Marktzutrittsbarrieren einzusetzen. Diese Barrieren sind für die Kleinen umso höher, je mehr Drohpotential bei den Insidern vermutet wird, je mehr Macht aus purer Größe mobilisierbar erscheint. Hohe Barrieren sind für andere von Nachteil, niedrige Barrieren gesamtwirtschaftlich effizient. Denn es gilt der Satz: Was immer produzierbar ist oder nachgefragt wird, sollte zu den niedrigst möglichen Preisen angeboten und zu den niedrigst möglichen Kosten erzeugt werden. Offene Märkte sind eine notwendige Bedingung dafür.

Das Fazit von alledem kann für Westeuropa wie folgt formuliert werden: Der große Binnenmarkt, wie er durch das Projekt 1992 geschaffen werden soll, ist wegen des Wegfalls der Grenzbarrieren im Innern ein Schritt nach vorn; aber wegen des Anwachsens der Regulierungsbürokratie und des Fortbestands der Außenbarrieren ist er nicht viel mehr als ein halber Schritt. Alles Vereinheitlichen und Normieren, das von oben erfolgt, verringert die schöpferische Vielfalt und wirkt zudem wie ein zusätzlicher Außenschutz. Die Fortschritte im Innern sollten daher in Richtung Deregulierung gelenkt werden und von einem Abbau der Außenprotektion begleitet sein. Dies betrifft die Uruguay-Runde des GATT und die Öffnung gegenüber beitragswilligen Ländern aus Skandinavien und Mitteleuropa. Gemeint sind Schweden, Norwegen und Österreich, aber auch Ungarn, die CSFR und Polen.

Drei Fragen sollen etwas konkreter beleuchtet werden. Sie sind für die künftige Architektur des europäischen Hauses in seinem Westflügel und für die Offenheit der EG bedeutsam:

- (i) das Problem des europäischen Agrarmarktes,
- (ii) die sogenannte soziale Dimension und
- (iii) die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit einer einheitlichen europäischen Währung.

DAS AGRARPROBLEM

Der EG-Agrarprotektionismus hat bekanntlich die Uruguay-Runde des GATT zum Halten gebracht, wenn nicht gar zum Scheitern. Dies kann das Ende des GATT und der multilateralen Welthandelsordnung heraufbeschwören. Es kann nicht von einem so engen Bereich wie der Landwirtschaft abhängen, ob wir eine freie Weltwirtschaft haben dürfen oder nicht. Deshalb habe ich vorgeschlagen, man möge in Europa

- konsequent auf Freihandel für Agrarerzeugnisse zusteuern und
- die Landwirte als Bodenbesitzer in dem Maße entschädigen, wie sie dadurch Vermögenseinbußen erleiden.

Die Bruttoeinbuße für die Landwirte ergibt sich daraus, daß Subventionen wegfallen und daß Preise zurückgehen, wenn man sich den Weltmarktpreisen schrittweise nähert. Dabei kann man zunächst konstante Verkaufsmengen unterstellen. Alles, was durch Produktionsrücknahme an Kosten eingespart würde, käme dann voll den Landwirten zugute. Will man vermeiden, daß die Landwirte überkompensiert werden, kann man die Bruttoeinbuße um einen pauschalen Abschlag korrigieren.

Die Entschädigung selbst, und dies ist das Besondere an meinem Vorschlag, sollte als Vermögensausgleich in Form festverzinslicher Staatspapiere gewährt werden. Die Landwirte sollten die Anleihen

verkaufen dürfen, damit sie in der Lage sind, alternative Investitionen zu tätigen, natürlich in rentable Vorhaben und nicht zuletzt in den ländlichen Räumen, mit denen sie vertraut sind. Dort würden die gesunkenen Bodenpreise alternative Möglichkeiten der Bodennutzung rentabel machen, vor allem für die unternehmerischen Talente in der nachwachsenden Generation. Aufforstung, Parks, Erholungs- und Freizeitangebote sind Beispiele für einen weiten Bereich von Möglichkeiten, die ausfindig zu machen eine unternehmerische Aufgabe ist. Vorteile ergäben sich für alle. Quantitativ schlägt zu Buche, daß die falsche Agrarpolitik nach klugen Berechnungen volkswirtschaftlich viel mehr kostet, als sie den Landwirten einbringt. Die Differenz steht für das, was sich an Ressourcen einsparen läßt, wenn man diese Agrarpolitik Schritt für Schritt abbaut. Und das Abgehen von der hochintensiven Bodenbewirtschaftung und das Hinwenden zu Zukunftsinvestitionen läßt ein Mehr an jener Lebensqualität erwarten, das die Bürger bei steigendem Einkommen begehren und zu honorieren bereit sind.

DIE SOZIALE DIMENSION

Die sogenannte "Soziale Dimension" mit ihrer EG-Sozialcharta ist ein Versuch, innerhalb der EG das Gefälle der Arbeitnehmerrechte und Arbeitnehmerentgelte, das es zwischen den reichen Ländern im Zentrum und den armen Ländern an der Peripherie gibt, durch politischen Druck einzuebnen, und zwar schneller, als es durch das Wirken der Marktkräfte allein geschehen würde. Der deutsche Bundeskanzler formuliert dieses Ziel für uns negativ: "Kein Sozialabbau". Gemeint sein kann damit nur, daß die Arbeitnehmer hierzulande den Rahmen ihres Produktivitätsspielraums jetzt beschäftigungskonform ausschöpfen, und zwar mit einem akzeptablen Mix von Barlohn einerseits und kostenwirksamen Rechten andererseits. Also heißt es: weiter so! Die Gewerkschaften bei uns und in anderen reichen Ländern im Zentrum der EG befürchten Nachteile durch den Lohndruck aus den ärmeren Ländern an der Peripherie. Sie sagen daher: "Kein Sozialdumping".

Offenbar sollen in den ärmeren Ländern die Arbeitskosten, die durch Barlohn und kostenwirksame Rechte der Arbeitnehmer bestimmt sind, künstlich angehoben werden. Dies würde, so scheint es, mehr Gleichheit bringen. Längerfristig sieht es ganz anders aus. Manche Unternehmen in den ärmeren Ländern müßten Arbeitsplätze abbauen, andere ihre Investitionspläne kürzen, weil sie auf dem internationalen Kapitalmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig wären. Ihres wichtigsten Standortvorteils beraubt, würden die peripheren Länder im Aufholprozeß zurückfallen; und statt Kapital zu attrahieren, müßten sie zusehen, wie die tüchtigsten ihrer Arbeitskräfte unter dem Druck höherer Arbeitslosigkeit abwandern, möglicherweise direkt ins reiche Zentrum. Statt Kapitalströme vom Zentrum zur Peripherie gäbe es Gastarbeiterströme von der Peripherie zum Zentrum.

Im Zentrum selbst entstünde mehr Gedränge, noch mehr Ballung, möglicherweise noch mehr Fremdenhaß und mehr Armut in Notunterkünften. Der Druck zum Einsparen von Kosten bei den Erzeugnissen wäre geringer und so auch der Anreiz zu Prozeßinnovationen. Mehr veraltete Produkte wären wettbewerbsfähig, weniger Produktinnovationen wettbewerbsnotwendig. Diese negativen Bumerangeffekte wirken im dynamischen Prozeß auf Dauer; und sie übersteigen bei weitem alles, was man sich von dem kurzfristigen Mehr an Gleichheit erhoffen kann. Dies alles gilt übrigens voll auch für das Angleichen der Lebensverhältnisse im vereinigten Deutschland.

Das Stichwort "kein Sozialdumping" enthüllt, daß Wettbewerb ausgeschaltet werden soll. Die Betroffenen können sich auf zweifache Weise schadlos halten. Die eine Möglichkeit ist: mehr staatliche Hilfen aus gemeinsamen Kassen, in die vorwiegend die reichen Länder des Zentrums einzahlen. Belastet würden im Endeffekt auch die Arbeitnehmer hierzulande. Die zweite Möglichkeit besteht darin, daß die armen Länder an der Peripherie ihrerseits Schutz vor Sozialdumping begehren, und zwar gegenüber Ländern

der Dritten Welt, die noch ärmer sind, also noch mehr Aufholbedarf haben. Forcierte Gleichheit kostet Fortschritt und Finanzmasse; und Protektionismus gebiert Protektionismus - auf dem Arbeitsmarkt wie auf dem Agrarmarkt.

Die Welt ist gut beraten, wenn sie befürchtet, der Westflügel des europäischen Hauses könne in seiner Außenarchitektur die Merkmale einer Festung haben. Der tiefere Grund dafür, daß die Furcht berechtigt ist, liegt, wie bereits angedeutet, in der Kartell- und Zunfttradition, die dem Prinzip Offenheit entgegensteht.

DAS WÄHRUNGSPROBLEM

Braucht das Europa der EG eine eigene Währung? Richtig ist das Argument, ein Währungskartell mit unwiderruflich festen Wechselkursen vermeide Wechselkursrisiken. Dies erspart Kurssicherungskosten. Noch billiger wird der internationale Zahlungsverkehr, wenn die Wechselkursunion eines Tages durch eine Währungsunion mit einem einheitlichen Europageld ersetzt wird. Verzichtet werden muß beim Beschreiten dieses Weges auf nationale geldpolitische Souveränität. Die Frage, die dabei auftaucht, lautet: Wie vertrauenswürdig ist die zentrale Institution, an die die Souveränität abgetreten wird? Nach dem gegenwärtigen Stand der offiziellen Diskussion sieht es so aus, als halte man die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank (Eurofed) für eine notwendige und hinreichende Bedingung. Die Erfahrungen mit der Bundesbank gelten als Evidenz. Meine skeptische Einstellung gründet sich auf folgende Argumente:

- (i) Selbst die vorbildhafte D-Mark hat in vierzig Jahren zwei Drittel ihres Wertes eingebüßt. Dies erklärt sich zum Teil dadurch, daß der Zentralbankrat für Änderungen der Wechselkursparität keine Souveränität besitzt. Es galt viele Jahre lang die These, Währungspolitik sei Außenpolitik und der Wechselkurs deshalb ein Politikum. An Versuchen der Politiker,

dies auch in Europa durchzusetzen, wird es nicht fehlen. Ob sich in dem politischen Rahmen der stets hochgelobten weltweiten Währungscoordination ein europäisches Stabilitätsbewußtsein herausbilden und durchsetzen wird, ist eine völlig offene Frage. Wir erinnern uns daran, mit wieviel Druck die Bundesrepublik auf dem Bonner Gipfel von 1978 und noch einmal Mitte der achtziger Jahre zur geld- und fiskalpolitischen Expansion gedrängt wurde.

- (ii) Der Zentralbankrat befand sich meist im Einklang mit der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung. Ohne den Erfahrungshintergrund von zwei großen Inflationen im Gefolge von zwei großen Kriegen hätte sich eine relativ harte Geldpolitik kaum durchhalten lassen.
- (iii) Die Tradition relativer Geldwertstabilität in der Bundesrepublik hat die Bürger in ihrem Spar- und Anlageverhalten so beeinflusst, daß sie viel Geldvermögen halten und deshalb gegenüber Geldwertschwund sensibel und intolerant sind.
- (iv) In anderen Ländern ist Inflation populärer. Die Besteuerung der Geldbestände - durch Geldvermehrung zugunsten des Staatshaushalts - ist unverzichtbar, wo eine großdimensionierte Schattenwirtschaft zur Finanzierung der Staatsausgaben herangezogen werden muß. Angesichts großer Unterschiede im Umfang der Schattenwirtschaft wird das Europa der EG wohl noch einige Zeit brauchen, ehe es sich zu einem optimalen Währungsraum entwickelt hat.

Meine Position hat sich in den letzten 15 Jahren kaum geändert. Sie ist festgeschrieben in einem Exposé, das ich 1975 als Mitglied der EG-Studiengruppe "Wirtschafts- und Währungsunion 1980" verfaßt habe (Giersch, 1975). Das Exposé trägt den Titel "The Case for a European Parallel Currency". Das Europa-Geld, so heißt es darin, kann eine bestehende Währung sein oder eine neue Geldeinheit, die im Wettbewerb zu den bestehenden Währungen lanciert wird. Unter

den möglichen Definitionen für die Währungseinheit befindet sich die Anregung, eine Korb-Währung zu wählen, die an die stärkste Währung gekoppelt ist. Jede Abwertung einer Währung wäre zu kompensieren durch eine entsprechende Vermehrung der Einheiten dieser Währung im Korb; und die stärkste Währung dürfe niemals abwerten. Dies ähnelt dem Vorschlag, den vor kurzem die britische Regierung für einen harten ECU als Parallelwährung gemacht hat. Noch besser erscheint mir heute wie damals der Gedanke, den parallelen ECU so zu definieren, daß die Anzahl der Einheiten, mit der jede nationale Währung im Korb vertreten ist, automatisch um 5 Prozent erhöht wird, sobald der Index der Verbraucherpreise in diesem Land um 5 Prozent gestiegen ist. Der parallele ECU wäre damit praktisch wertstabil, de facto indexiert.

Sollte es im Vollzug des Delors-Planes zu einer europäischen Einheitswährung als Monopolwährung kommen, so müßten, zumindest zur Kontrolle, wertgesicherte Anleihen nach der eben vorgestellten Formel zulässig sein. Ja, es sollten solche wertgesicherten Anleihen sogar von Staats wegen angeboten werden, damit die Bürger eine Alternative zu weichen ECU-Anleihen haben. Die Differenz der Nominalzinsen würde zum Ausdruck bringen, wie der Markt die Politik der Eurofed einschätzt. Ich wünsche den Mitgliedern des europäischen Zentralbankrates exorbitante Gehälter, wenn ihnen zum Ausgleich dafür die fristlose Entlassung droht, sobald die Inflationsfurcht, gemessen an der Zinsdifferenz, eine bestimmte Marge übertrifft, eine bestimmte Schwelle überschreitet. Dann wäre der Zentralbankrat zwar unabhängig von politischem Druck, aber vollverantwortlich gegenüber denen, die das europastaatliche Geld halten müssen (oder auch nur wollen).

Der wichtigste Unterschied zwischen einer Monopolwährung und einer Parallelwährung besteht in folgenden Punkten:

- (i) Die Parallelwährung gibt den Bürgern Optionen; sie unterwirft die Währungsbehörden der Kontrolle des Marktes.

- (ii) Solche Optionen bedeuten Wettbewerb; sie geben der vertrauenswürdigsten Währung die Chance, sich bei den Bürgern, für die die Veranstaltung Wirtschaft da ist, als Wertaufbewahrungsmittel, Recheneinheit und Zahlungsmittel durchzusetzen, und sie zwingen die weniger harten Währungen dazu, sich im Wettbewerb zu härten, also stabiler zu werden, das heißt, die mit ihnen verbundene Inflationssteuer zu senken.
- (iii) Eine Parallelwährung, die härter ist als die nationalstaatlichen Währungen, wird als Zahlungsmittel und Recheneinheit ebenso Boden gewinnen wie als Wertaufbewahrungsmittel, aber es werden die Teilnehmer am Wirtschaftsbetrieb darüber entscheiden, wie groß der Währungsraum ist, der als optimal gelten kann.
- (iv) Gewiß wird die Schattenwirtschaft sich sehr schnell der Inflationssteuer entziehen, also die wertstabile Währung bevorzugen. Aber von der Inflationssteuer käme sie auch frei, wenn europastaatliches Geld als Monopolgeld eingeführt würde und wirklich stabil wäre.
- (v) Es gibt den Einwand, daß sich mit einer europastaatlichen Monopolwährung die Geldmenge genauer steuern ließe als im Falle einer Parallelwährung, die ihre Stellung im Wettbewerb dem Versprechen indexgesicherter Wertstabilität verdankt. Doch ist dieser Einwand von Gewicht allenfalls dann, wenn man mit Hilfe der Geldmengensteuerung oder der Geldpolitik allgemein eine antizyklische Konjunkturpolitik treiben will. Ein solches Ziel impliziert, daß die Konjunkturschwankungen ihre Ursache ausschließlich im realen Sektor haben, also nicht selbst von der Unstetigkeit der Geldpolitik verursacht sind. Und es impliziert außerdem, daß die Geldpolitik in der Lage ist, real bedingte Schwankungen zu glätten. Im Gegensatz dazu gibt es Evidenz für die Vermutung, daß die Geldpolitik beim Feinsteuern eher Zyklen produziert als glättet. Der lange Aufschwung nach der Stabilisierungs-

krise der achtziger Jahre, in denen keine antizyklische Geldpolitik betrieben wurde, spricht für eine konjunkturpolitische Abstinenz der Geldpolitik und für das Wahren der Geldwertstabilität als einziges Ziel. Mehr Kontrolle wäre vom Übel.

- (vi) Die Aufgabe der Geldpolitik bei Existenz einer Parallelwährung besteht ausschließlich darin, das Geld wertstabil zu halten. Wenn die Bürger die Parallelwährung begehren, müssen sie nationale Währung hingeben. Dieser Vorgang der Substitution - zu freien Kursen - darf natürlich nicht durch Expansion der Menge des nationalen Geldes kompensiert werden, es sei denn die nationale Zentralbank legt es darauf an, ihre Währung beschleunigt dem Wertverfall und der Repudiation preiszugeben - zugunsten der wertstabilen Europawährung.
- (vii) Die Idee der Parallelwährung hat im politischen Bereich keine sehr großen Chancen; denn auch hier wird von den Anbietern das Monopol oder Kartell dem Wettbewerb vorgezogen. Umso wichtiger ist es, daß die Währungsfrage durch Diskussion offen gehalten wird.

III. MITTEL- UND OSTEUROPA IM ÜBERGANG

War 1990 das Jahr der deutschen Einheit, so scheint 1991 das Jahr der west-östlichen Krise zu werden - bezogen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und vielleicht auch im gesamteuropäischen Rahmen. Gemessen an der populären Ansicht, innerhalb einer politischen Einheit müßten die Lebensumstände einigermaßen gleich oder zumindest gleichartig sein, offenbart die wirtschaftliche Wirklichkeit ein großes Manko. Die Unterschiede sind 1991 in der Tat dramatisch.

- Während Westeuropa auf das Projekt 1992 zustrebt, also auf die Vollendung des EG-Binnenmarktes, fällt im Osten des Kontinents das Geflecht der Handelsbeziehungen in ein Nichts

zusammen. Bedeutet Handel, daß man sich gegenseitig Arbeit gibt, so muß der Zusammenbruch eines Handelssystems umgekehrt darauf hinauslaufen, daß man sich gegenseitig produktive Arbeitsmöglichkeiten und Einkommen nimmt.

- Während Westeuropa trotz temporärer Abschwächungstendenzen nach wie vor eine robuste Konjunktur erwarten läßt, wandeln sich im Osten die hoffnungsvollen Erwartungen, die mit der Wende verknüpft wurden, in Gefühle der Enttäuschung und möglicherweise der Ausweglosigkeit.
- Aus dem Gefühl, ausweglos auf der Verliererseite zu sein, kann Haß werden. Vergrößert wird die Kluft im Denken und Handeln durch Hochmut und Besserwisserei auf westlicher Seite. Diese Gefahr ist am größten innerhalb Deutschlands, wo 1990 soviel von Einheit, Einigkeit und Einheitlichkeit die Rede war, wo das Zusammenwachsen des Zusammengehörigen vorhergesagt wurde und wo man das Teilen des Gemeinsamen euphorisch als Ziel gepriesen hat.

Was kann geschehen? Beginnen wir mit dem west-östlichen Drama in Deutschland.

Wirtschaftswissenschaftler haben nicht versäumt, auf die Gefahren hinzuweisen. Ganz plastisch formulierte es Christian Watrin, der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium; er sprach für viele auch außerhalb dieses Gremiums, als er sagte, die deutsch-deutsche Wirtschaftsintegration werde so schwierig sein wie das Besteigen der Eiger-Nordwand im Winter. Dieser Winter war 1990/91 kälter, als man erwartet hatte, und es zeigten sich schon zu Beginn des Anstiegs mehr Hindernisse - und größere - als man vorher mit bloßem Auge zu erkennen vermocht hatte.

Es gibt eine Reihe von Problemfeldern, die miteinander verbunden sind.

- (i) Die Unternehmen in Ostdeutschland verloren, als mit der Währungsunion die Westwaren frei ins Land kamen, ihren heimischen Markt.
- (ii) Durch den Zusammenbruch des RGW erlitten sie große Einbußen auch auf ihren traditionellen Absatzwegen im Ausland.
- (iii) Sie konnten das Manko an Produktqualität nicht durch entsprechende Preiszugeständnisse überspielen; denn es stieg der Außenwert ihrer Arbeitskosten in dramatischer Weise: mit der Umstellung von Ostmark auf D-Mark auf etwa das Vierfache (Schmieding, 1991) und durch nachfolgende Lohnerhöhungen um weitere dreißig Prozent.
- (iv) Der Zustrom von zukunftsorientierten Ressourcen aus dem Westen ließ auf sich warten, also der Zustrom von privatem Investitionskapital und von technischem Wissen für Prozeß- und Produktinnovationen, bedingt durch die Kostenverhältnisse und durch administrative Hemmnisse bei der Klärung der Eigentumsverhältnisse und im Prozeß der Privatisierung.
- (v) Hinzu kommen als Investitionshemmnisse die Unzulänglichkeiten in der Infrastruktur, vor allem im Telekommunikations- und Verkehrswesen, im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Rechtsprechung, im Angebot an baureifen Grundstücken und an Räumen für Gewerbe- und Wohnzwecke.
- (vi) Die Lücke, die sich in Ostdeutschland zwischen Anspruch und Leistung, Lohn und Produktivität, Import und Export öffnete, ließ sich nur durch öffentliche Transfers aus Westdeutschland decken. Es handelt sich im wesentlichen um "Solidaritätsbeiträge". Sie sind nicht kostenlos. Auf der Geberseite beeinträchtigen sie (vor allem durch höhere Steuern auf die Leistungseinkommen) die Wirtschaftskraft der alten Bundesländer; und auf der Empfängerseite können sie - statt

als Hilfe zur Selbsthilfe - als politischer Rechtsanspruch nach dem Gleichheitsgrundsatz interpretiert werden, also als Ersatz für eigene Anstrengungen.

An Warnungen - auch konkreter Art - hat es nicht gefehlt. So schrieb der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung am 9. Februar 1990 an den Bundeskanzler, "daß die Einführung der D-Mark bei den Bürgern der DDR die Illusion erwecken muß, mit der Währungsunion sei auch der Anschluß an den Lebensstandard der Bundesrepublik hergestellt". "Die einheitliche Währung wird den Abstand der Einkommen schlagartig verdeutlichen." "Der Druck auf die Bundesrepublik würde anwachsen, den Abstand der Einkommen (Löhne und Renten) durch einen Finanzausgleich" zugunsten der DDR zu verringern. Riesige Belastungen kämen auf die öffentlichen Haushalte zu. Es wären nicht nur erhebliche Steuererhöhungen unvermeidlich; es würden vielmehr auch öffentliche Mittel in Transfers für konsumtive Verwendungen gebunden, die bei der Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur fehlen müßten." (Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1990/1991, S. 306) Diese Warnung hat sich als richtig herausgestellt. Damit ist jedoch noch nicht gesagt, daß die Konsequenzen sämtlich und allein der Währungsunion zuzurechnen sind. Manches hätte sich möglicherweise trotz der Währungsunion vermeiden lassen. Wer in dieser Hinsicht skeptisch ist, muß ähnliche Folgen von einer europäischen Währungsunion erwarten. Nicht alles zwar hätte man besser machen können, aber einiges doch. Kritisch war der abrupte Anstieg des Außenwerts der Arbeitskosten, der den Unternehmen am Standort Ostdeutschland die Chance der Wettbewerbsfähigkeit nahm. Hätte man ihn vermeiden können - durch einen anderen Umstellungskurs und durch eine wettbewerbsanaloge Einkommenspolitik? Wäre dies politisch möglich gewesen? Hierüber werden Historiker im nachhinein noch viel zu diskutieren haben. Die ostdeutschen Schwierigkeiten haben ihren Grund allerdings auch darin, daß die Märkte noch

nicht richtig funktionieren. Dies betrifft vor allem den Arbeitsmarkt, wo es wegen fehlenden Privateigentums an dem sonst vorhandenen Widerstand der Arbeitgeber gemangelt hat.

Selbst unter den besten denkbaren Bedingungen, die man utopisch nennen mag, wäre die plötzliche Hinwendung zu den westlichen Märkten mit einer Umstellungsarbeitslosigkeit verbunden gewesen. Ein freier Arbeitsmarkt (bei Privateigentum) jedoch hätte den Rückgang der Beschäftigung gebremst, den Weg durch die Talsohle verkürzt und den Anstieg zu einem früheren Zeitpunkt in Aussicht gestellt. Gemeint ist ein Arbeitsmarkt, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Löhne individuell aushandeln und jeder wissen muß, daß ein Zuviel bei den Löhnen mit einem Verlust an Substanz und Arbeitsplätzen zu bezahlen ist. Man muß sich, und sei es nur aus pädagogischen Gründen, den flexiblen Lohnmechanismus, der auf einem freien Arbeitsmarkt herrscht, vor Augen halten, um ermessen zu können, wer was an Fehlentwicklungen zu verantworten hat. Entscheidend als Meßlatte oder Norm für Löhne und Arbeitsplatzsicherheit ist die Arbeitsproduktivität. Grundsätzlich gilt: Was eine Arbeitsstunde wert ist, entscheidet sich im Produktionsprozeß (Produktivität) und am Absatzmarkt (Wert des Produkts). Eine Arbeitskraft zu beschäftigen, die mehr kostet (Lohn und Lohnzusatzkosten), als sie einbringt (Wertproduktivität), kann sich auf die Dauer kein Privatunternehmen leisten. Der Substanzverzehr würde mit dem Vermögen auch den Arbeitsplatz vernichten. Im Strukturwandel mag der Lohn, der den alten Arbeitsplatz sichert, vielerorts sehr niedrig sein. Dann werden die betroffenen Arbeitnehmer zu besseren Arbeitsplätzen abwandern, dem Sog der Nachfrage in florierenden Bereichen folgen. Oder sie werden - unter Rückgriff auf Ersparnisse oder staatliche Hilfe - in den Wartestand treten, also die Arbeitslosigkeit wählen. Die Entscheidung wird maßgeblich bestimmt durch die Höhe der Arbeitslosenunterstützung. Wenig Hilfe verlangt, daß das Suchen mit Eile betrieben wird; bei viel Hilfe kann man die Arbeitsgelegenheiten auf sich zukommen lassen.

Eine Arbeitslosigkeit, die mehr umfaßt als einen kurzen Aufenthalt im Wartesaal beim Umsteigen (Friktionsarbeitslosigkeit) und deshalb gesamtwirtschaftlich eine hohe Arbeitslosenrate von - sagen wir - mehr als drei Prozent ergibt, sollte normalerweise bei den Arbeitgebern in den florierenden Bereichen die Erwartung nähren, daß sie die Löhne nicht wegen Arbeitskräftemangels erhöhen müssen. Arbeitslosigkeit als Lohnbremse begründet die Erwartung, daß bestehende Unternehmen und neue Investoren die Chance erhalten, gute Gewinne zu erzielen, die sie dazu verwenden können, zusätzliche Arbeitsplätze - für die Arbeitskräfte im Wartestand - zu schaffen. Je größer die Arbeitslosigkeit ist, umso mehr Lohnmäßigung sollte es - auch bei kollektiven Tarifverhandlungen - geben, und zwar in allen Bereichen, damit man allenthalben auf Gewinne beim Schaffen neuer Arbeitsplätze setzen kann. Wo sehr viel Umstellungsarbeitslosigkeit herrscht oder zu erwarten ist, läßt sich die Krise ohne ein generelles Maßhalten bei den Tariflöhnen kaum bewältigen.

Polen hat sich - im Gegensatz zu Ostdeutschland - nicht gescheut, diese Lehre zu beherzigen. In Westdeutschland hatte sich Ludwig Erhard zu seiner Zeit veranlaßt gesehen, das Maßhalten bei den Tariflöhnen zur Hauptepistel seiner Seelenmassage (moral suasion) zu machen. Warum zwischen Bonn und Ostdeutschland 1991 eher lohnpolitische Funkstille herrscht und es kaum eine aufklärende öffentliche Diskussion gibt, werden künftige Historiker herausfinden und bewerten (müssen). Ein tieferer Grund liegt vermutlich im Postulat der Einheitlichkeit, das die Politiker so oft beschworen haben; ein anderer mag darin liegen, daß große Organisationen wie die der Gewerkschaften und der Arbeitgeber auf Einheitlichkeit bedacht sein müssen, weil sie zu schwerfällig sind, um unterschiedliche Marktgegebenheiten ausreichend berücksichtigen zu können. So erstreben Gewerkschaften das, was sie eine "Tarifunion" nennen, offenbar also einheitliche Löhne im Raum. Die Bundesregierung spricht in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1991 vage von einer "gemeinsamen Anstrengung von Bund, Ländern, Gemeinden,

Tarifparteien, Verbänden und aller gesellschaftlichen Gruppen". Es gelte, "den angestrebten schnellen Beschäftigungsaufbau tarifpolitisch so zu flankieren, daß die Arbeitnehmer ... wie auch die Unternehmer für sich klare Perspektiven erkennen können". Deutlicher wird die Bundesregierung später (Ziffer 34), wenn sie sagt, es dürfe "nicht übersehen werden, daß Wachstum und Beschäftigung in den neuen Bundesländern in hohem Maße gefährdet wären, wenn die Lohnentwicklung zu schnell und zu pauschal voranschreiten würde". Eingeleitet wird diese Warnung mit der einschränkenden Bemerkung "Obgleich eine schrittweise Angleichung der Lebensverhältnisse an die der alten Bundesländer notwendig und erwünscht ist..." Wieso "obgleich"? Weil!

Je mehr Hilfe von Staats wegen durch Finanztransfers versprochen wird, umso weniger Verantwortung für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit fällt auf den einzelnen Arbeitnehmer oder - bei kollektiven Lohnverhandlungen - auf die Tarifvertragsparteien. Es ist daher verständlich, daß in der öffentlichen Diskussion, soweit sie von Funktionsträgern beherrscht wird, das Postulat einer beschäftigungskonformen Lohnpolitik schnell tabuisiert wurde. Das Gebiet der ehemaligen DDR dürfe kein "Billiglohnland" sein, sagten die Gewerkschaftsfunktionäre. Und von Arbeitgeberseite hörte man, kein Unternehmen werde wegen temporärer Lohnunterschiede in Ostdeutschland investieren. So wurde der "Schwarze Peter" dem Fiskus und den Politikern zugespielt, das Beschäftigungsrisiko sozialisiert. Im Wettbewerb um die Wähler in den neuen Bundesländern zeigten die politischen Parteien sehr viel Nachsicht und finanzielle Hilfsbereitschaft. Milliarden und Abermilliarden wurden in die Diskussion geworfen. Die eine Seite glaubte, sie könne ihre Zusagen ohne Steuererhöhungen finanzieren, die andere war von vornherein darauf bedacht, sich mit höheren Steuern für "Besserverdienende" bei ihren Wählern zu empfehlen. So konnten die Tarifvertragsparteien ihre beschäftigungspolitische Verantwortung ziemlich leicht auf den Staat abwälzen.

Am 1. März 1991 kam es zwischen der IG Metall und dem Arbeitgeberverband Nordmetall zu einem Tarifabschluß mit Pilotcharakter: Innerhalb von drei Jahren wird in Mecklenburg-Vorpommern der Tariflohn auf 100 Prozent des westdeutschen Niveaus steigen. Auch wenn bei einigen Komponenten etwas längere Angleichfristen vorgesehen sind, ist dies eine verhängnisvolle Festlegung. Sie birgt, wenn sie verallgemeinert wird, die Gefahr, daß weite Teile Ostdeutschlands für den Rest dieses Jahrhunderts dazu verurteilt sind, eine Notstandsregion zu bleiben, es sei denn es geschieht ein Produktivitätswunder. Gemeint ist ein wundersamer Anstieg der Arbeitsproduktivität auf mehr als das Doppelte in weniger als zehn Jahren.

Ein spontanes Wirtschaftswunder, wie es sich nach 1948 in Westdeutschland ereignete, wird sich in Ostdeutschland nicht wiederholen. Es wird ausbleiben, vorerst jedenfalls,

- weil es dieses Wunder schon einmal gegeben hat, man es daher erwartet und diese Erwartung die Eintrittschance zerstört, zum Beispiel durch die Lohnpolitik;
- weil ein Nachhinken der Löhne hinter dem Produktivitätsfortschritt, wie es für ein Investitionswunder nötig ist, in Ostdeutschland auch unmöglich gemacht wird durch die marktwidrige und zentralistische Vorstellung, es müßten die Verhältnisse innerhalb eines Landes, auch eines großräumigen, einheitlich, vergleichbar oder zumindest kurzfristig angleichbar sein;
- weil eine massive Hilfe von außen (“die Teilung durch Teilen überwinden”) im Nebeneffekt Hilfsbedürftigkeit und Selbstmitleid erzeugt, die Selbstheilungskräfte erlahmen läßt und einer Subventionsmentalität Vorschub leistet;
- weil es - anders als 1948 - in Ostdeutschland keinen Aktivitätsstau gibt, stattdessen ein Defizit an Unternehmungsgeist; weil nach zwei Generationen Sozialismus jenseits der Elbe das Pri-

vateigentum an Boden, Sachkapital und Wohnungen nicht auf breiter Front etabliert ist;

- weil das westdeutsche Rechts- und Regulierungssystem in Ostdeutschland vorerst nicht effizient praktiziert werden kann;
- weil die Mängel im Kommunikations- und Verkehrssystem zu groß sind, als daß sie sich in wenigen Jahren beheben ließen;
- weil eine rasche Qualifizierung der Arbeitskräfte auf Motivationschwäche wie auf Engpässe an Schulungskapazität stößt;
- weil der Wiederaufbau in Ostdeutschland durch den Zusammenbruch des Osthandels zumindest vorübergehend erschwert wird, bis sich in Ost-Mitteuropa ein neues System des privaten multilateralen Handels herausgebildet hat;
- weil Ostdeutschland als Brücke zum Osten seine Handelschancen erst voll nutzen kann, wenn Ost-Mitteuropa aufgeblüht ist, im Kontrast zu der westdeutschen Prosperität nach 1948, die sich im Zuge eines Prozesses der Handelsliberalisierung in Westeuropa und im transatlantischen Raum entfalten konnte.

Die tarifpolitische Vereinbarung, die die Löhne und Arbeitsbedingungen in den neuen Bundesländern in drei Jahren auf Westniveau bringt, gibt den Unternehmen, wie wohlwollend gesagt wurde, eine sichere Kalkulationsgrundlage für ihre Investitionsvorhaben. Dies ist nicht zu bestreiten. Aber für viele potentielle Investoren wird die Kalkulation auf dieser Basis mit Sicherheit ergeben, daß sich das Vorhaben nicht rechnet. So darf man sich nicht wundern, daß der Strom der Investitionen weit hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Nun kann der Investor zum Ausgleich hohe Zuschüsse zu den Investitionskosten erwarten, auch steuerliche Vorteile, die wie solche Zuschüsse wirken. Doch werden dadurch Investitionen begünstigt, die sehr kapitalintensiv sind, also viel Kapital mit wenig Arbeit kom-

binieren, zum Beispiel Bürohäuser oder Werkhallen, in denen viele Roboter und wenig Arbeitskräfte tätig sind. Die Arbeitslosigkeit wird damit zu einer Dauererscheinung. Man mag sie, etwas unscharf, "Technologische Arbeitslosigkeit" nennen, aber sie ist lohnbedingt. Den Arbeitslosen bleibt die Wahl zwischen Abwandern und Pendeln. Im Westen zu arbeiten und in Ostdeutschland zu wohnen, ist für sie reizvoll deshalb, weil das Wohnen wegen der niedrigen Bodenpreise im Osten sehr viel billiger bleiben wird.

Dies führt zu einem Punkt von grundsätzlicher Bedeutung. Im Denkmodell nehmen die Bodenpreise und die Kosten des Wohnens von den Zentren zu den jeweiligen Randgebieten hin so ab, daß sich die Vorteile der zentralen Lage und die Nachteile der Entfernung von den Ballungszentren voll im Gefälle der Bodenpreise niederschlagen. Wäre das Gefälle zu gering, würden mehr Leute von der Peripherie zum Zentrum drängen und so das Gefälle verstärken. Dies gilt zumindest für die Wohnstätten. Ähnliches ist für die Arbeitsstätten zu erwarten. Doch für sie zählen nicht nur die Bodenpreise, sondern auch die Löhne. Die Löhne werden nominal ähnlich wie die Bodenpreise - unter dem Druck der Marktkräfte vom Zentrum zum Rand hin sinken, und zwar schon deshalb, weil die Kosten des Wohnens abnehmen. Werden die Löhne jedoch - entgegen den Marktkräften - nominal gleich hoch fixiert, so verlieren die Arbeitsstätten zum Rand hin einen Teil ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Mehr Arbeitsstätten drängen ins Zentrum, als es sonst der Fall wäre, und mehr Wohnstätten verlagern sich vom Zentrum hin zum Rand. Das Ergebnis ist ein Zuviel an Arbeitsstätten in den Ballungsgebieten, eine Verödung der Zentren als Wohnorte, eine Verlängerung der Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort, ein übermäßiger Berufsverkehr durch das Pendeln, und eine Überlastung vor allem der Straßen zu den Stoßzeiten. In der Wirklichkeit gibt es außer den Löhnen gewiß noch andere Faktoren, die auf eine übermäßige Ballung hinwirken und zur Neutralisierung eine aufwendige Regionalpolitik erheischen. Will man das Manko an Lohndifferenzierung gezielt neutralisieren, muß man aus allgemeinen Steuermitteln

Lohnsubventionen zahlen. Sie müßten, streng genommen, ebenfalls räumlich differenziert sein.

Notorisch ist die Ballung durch mangelnde Lohndifferenzierung im Falle Frankreichs. Viel Aufwand muß die Regionalpolitik dort treiben, um andere Räume in Konkurrenz zu Paris attraktiv zu machen. Und wenn Nordengland und Süditalien eine sehr viel höhere Arbeitslosigkeit aufweisen als Südengland bzw. Norditalien, so liegt dies nicht zuletzt daran, daß es weniger Lohndifferenzierung gibt, als für ein Aufholen der peripheren Regionen gegenüber den Zentren (London und Norditalien) erforderlich wäre. In Westeuropa (EG) weckt die Forderung nach einer Normierung der Sozialbedingungen ("Soziale Dimension"), die vor allem von den Gewerkschaften in den zentral gelegenen reichen Ländern erhoben wird ("kein Sozialdumping"), die begründete Furcht, daß es nach 1992 weniger zu einem Investitionsstrom vom Zentrum zur Peripherie kommen wird als zu einer verstärkten Wanderung von Arbeitskräften in die alten Ballungszentren von London bis Mailand. Das Kapital bleibt dann dort, wo es gebildet wird und wo ihm die Verhältnisse vertraut sind; und die Arbeitslosen in den rückständigen Regionen wandern dorthin, wo sie Arbeitsplätze zu finden hoffen, auch wenn viele dabei entwurzelt werden und manche in Notunterkünften am Rande der zentralen Städte kampieren müssen. Eine lohnpolitische Meßlatte für Ostdeutschland, die bei 100 Prozent der Westlöhne liegt, erhöht in dramatischer Weise die Gefahr, daß es dort nicht zu einem schnellen Aufholprozeß kommt, sondern zu einem verhängnisvollen Zirkel der passiven Sanierung, vor allem in strukturschwachen Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern.

Eine periphere Region, die aufholen will oder soll, muß das Kunststück fertigbringen, Investitionen in Sach- und Humankapital außerordentlich ertragreich erscheinen zu lassen. Was das Sachkapital anlangt, so bedarf es dazu, wie schon angedeutet, einer Entfernungsstaffel für das Niveau der Nominallöhne, die den Nachteil

der höheren Transportkosten so überkompensiert, daß die Investoren trotz der peripheren Lage mit einer höheren Rendite rechnen können. Dies ist leichter hingeschrieben als realisierbar. Auch von kompetenter Seite hört man vielfach das Argument, keinem Unternehmer sei zu raten, in Ostdeutschland im Blick auf niedrige Arbeitskosten zu investieren. Dies kann dreierlei besagen.

- Entweder wird nahegelegt, den marktwirtschaftlichen Ausgleichsprozeß zu antizipieren: Sollten viele dem Lockruf einer höheren Investitionsrentabilität in Ostdeutschland folgen, so steigen die Arbeitskosten dort im Zuge einer positiven Wirtschaftsentwicklung auf ein Niveau, das nur noch normale Gewinne erwarten läßt. Dieses Antizipieren entspräche der Existenz eines Investitionskartells, das sich so verhält, als gäbe es außer ihm keinen Investor, mit dem man um die Wette laufen müßte.
- Oder man rechnet mit dem Wirken des Arbeitsmarktkartells: Die Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer werden schon, um das besagte "Sozialdumping" zu verhindern, für eine vorausseilende Lohnangleichung sorgen. Die Hasen verzichten auf den Wettlauf, weil sie damit rechnen, daß die Igel schon am Ziel sind.
- Oder man erwartet, daß der Staat den Marktkräften zuvorzukommen und Investitionszuschüsse gewähren wird. Schon das vorausseilende Gerede über Förderungsmöglichkeiten und Förderungsnotwendigkeiten kann die Marktkräfte zum Attentismus verleiten.

Um Humankapital anzulocken oder auch nur am Abwandern zu hindern, muß man sich zum Prinzip der knappheitsbedingten Ungleichheit durchringen. Gemeint sind hohe Prämien für Kräfte, die über zukunfts-trächtige Fähigkeiten verfügen: Facharbeiter, Techniker, Marktkenner, Manager und echte Unternehmer. Sie müssen, sollen sie kommen oder auch nur bleiben, entschädigt werden für

das, was sie vermutlich stark vermissen werden, zum Beispiel für das Fehlen einer sozialen Atmosphäre, an der sie sonst teilhaben würden, möglicherweise auch für das Weniger an Chancen eines raschen Aufstiegs. Diese Kräfte, die besonders mobil sind, aber selbst einen Standortfaktor darstellen, müssen, soll der Aufholprozeß gelingen, im Osten hoch bezahlt werden, vielleicht sogar besser als im Westen. Da die Meßlatte für den Durchschnitt der Löhne im Osten der Bundesrepublik wegen des niedrigen Niveaus der Produktivität deutlich unter 100 Prozent des Westniveaus liegen muß, kann die Prämie für die Spitzenkräfte nur dadurch aufgebracht werden, daß die immobilen Arbeitnehmer, die im Westen mangels Qualifikation keine Arbeitsgelegenheiten finden würden, sich mit einem entsprechend niedrigeren Lohneinkommen begnügen. Fazit: In Regionen, die aufholen wollen, muß die Bevölkerung bereit sein, eine große Ungleichheit in der Streuung der Lohneinkommen zu ertragen, damit die vertikale Lohnskala stärker gespreizt sein kann. Wenn später der Aufholprozeß gelungen ist, kann man sich mehr Gleichheit leisten. Wie aber soll eine Bevölkerung, die mit dem Gleichheitsdenken ideologisch groß geworden ist, dieses einsehen und gar bejahen? Man kann es den Menschen vielleicht am ehesten plausibel machen, wenn man daran erinnert, daß der Aufholprozeß mit Kapitalbildung einhergeht und daß die vertikalen Einkommensunterschiede, auf die es hier ankommt, nichts anderes darstellen als eine Prämie für den Einsatz und für den Erwerb von Humankapital. Für Organisationen wie die Arbeitsmarktverbände ist das Spreizen der vertikalen Lohnskala wahrscheinlich kaum tolerierbar. Es kann sich nur im Marktgeschehen ergeben. Dies verlangt, daß die tariflichen Löhne niedrig genug sind für eine stark differenzierte Lohn-drift, die sich - bei tariflichen Mindestlöhnen - ja nur nach oben entfalten kann.

Tarifliche Mindestlöhne sind weniger schädlich, wenn sie unterlaufen werden können, z.B. von Unternehmen, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, im Verhältnis zu Arbeitnehmern, die nicht gewerkschaftlich organisiert sein wollen. Ein solches Unterlaufen

zu verhindern, und zwar im Interesse der "Insider", ist der Zweck von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen: Die zuständigen staatlichen Stellen können erklären, daß der Tarifvertrag für die Branche und das Vertragsgebiet allgemein Geltung besitzt, so als handle es sich um eine gesetzliche Regelung. Solche Erklärungen nehmen den Außenseitern, darunter vor allem neuen Unternehmen und arbeitswilligen Arbeitslosen, die noch nicht so produktiv sind wie die "Insider", die Chance des Einstiegs und Aufstiegs. Die Regierungen der neuen Bundesländer sollten deshalb von vornherein und verbindlich feststellen, daß es während des Aufholprozesses, also eines Zeitraumes, der mindestens zehn Jahre umfassen dürfte, Allgemeinverbindlichkeitserklärungen nicht geben werde.

Die Lohnpolitik läuft aus dem Ruder, wenn es auf der Seite der Arbeitgeber keinen Widerstand gibt, keine Kräfte, die schon deshalb gegenhalten müssen, weil sie mit dem Rücken an der Wand stehen. Schwach sind Arbeitgeber, die mit Subventionen rechnen können oder keine Sorge haben müssen, daß sie für Substanzverluste in einer für sie fühlbaren Form eintreten müssen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist - neben der Begrenzung der Subventionen - eine rasche Privatisierung vonnöten. Sie erst verspricht wirksamen Schutz gegen einen lohnbedingten Substanzverzehr.

Die Vorstellung, vor dem Privatisieren käme das Sanieren, ist entweder rückwärtig gewandt oder entspricht - mit Blick auf die Zukunft - einem Plädoyer für die Fortsetzung des Kollektivismus im Osten auf Kosten des Steuerzahlers im Westen Deutschlands. Denn nur der neue Eigentümer kann - aufgrund seiner Marktperspektive - in nüchterner Einschätzung der Risiken und Chancen beurteilen, was für welche Produktpalette sanierungsfähig ist und was definitiv als obsolet abgeschrieben werden muß. Und die Beamten einer Treuhandanstalt sind kaum in der Lage, sich den hinhaltenden Wünschen örtlicher und regionaler Politiker oder dem Druck der Straße zu widersetzen. Sie können nicht umstrukturieren, sondern im wesentlichen nur erhalten. Die Forderung, erst solle man sanie-

ren, läuft auf Dauersubventionen für das Bestehende hinaus. An ein Erweitern florierender Unternehmen ist unter der Obhut der Treuhandanstalt kaum zu denken. Und wie soll es zum Einsatz neuen Produkt- und Marktwissens kommen, wenn ohne Eigentümerwechsel personell so ziemlich alles beim alten bleibt?

Man weiß, wie schwer sich Beamte tun, wenn sie unter Rechtfertigungszwang geraten. Deshalb ist bei der Privatisierung ein sauberes Verfahren, das einen schnellen Eigentumsübergang gestattet, wichtiger als ein zeitraubender Verkauf zu einem möglichst hohen Preis. Unter diesem Gesichtspunkt empfiehlt sich für die Privatisierung ein offenes Bietverfahren, in das innerhalb einer Frist auch noch Außenseiter einsteigen können, die einen zu niedrigen Preis nach oben treiben.

Doch zuvor muß die Treuhandanstalt voll als Veräußerer legitimiert sein. Dies ist erst erreicht, wenn eine Rückübergabe an frühere Eigentümer ausgeschlossen werden kann. Der Einigungsvertrag stellt (in Artikel 4, Absatz 1 in Verbindung mit Anlage III) sicher, daß die Rückgabe Vorrang hat. Weil die Kompensation unsicher ist und ja auch erst gewährt werden kann, wenn die Berechtigung dazu feststeht, gibt es unzählige Restitutionsansprüche. Fast alles hat ja irgendwann jemandem gehört. Unklarheiten über die tatsächlichen Eigentumsverhältnisse blockieren den Weg zu einer raschen Privatisierung. Auch langfristige Miet- und Pachtverträge kommen nur zustande, wenn die Rückerstattungsberechtigten zustimmen. Dies hemmt nicht zuletzt die Bereitstellung von Gewerbeflächen für ansiedlungswillige Unternehmen und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Zur Beschleunigung hat der Gesetzgeber das Entschädigungsprinzip eingeführt: An Investoren, die bereit sind, Arbeitsplätze zu schaffen, darf veräußert werden, aber es müssen die Rückgabeberechtigten entschädigt werden, zum Beispiel mit dem Preis, den der Erwerber bezahlt hat.

Es geht bei der Privatisierung auch um das Eigentum an Wohnungen. Der Wohnungsbestand müßte schnell privatisiert werden, da-

mit seine Sanierung auch durch Eigeninitiative möglich wird. Immerhin zählt das Angebot an hochwertigen Wohnungen zu den wichtigsten Standortfaktoren in einer Situation, in der Gefahr besteht, daß die Tüchtigen und die Qualifizierten ihre Zukunft im Westen suchen.

Westdeutschland ist, nicht zuletzt durch die relativ niedrige Geburtenrate und dank seiner günstigen Lage in Europa, dazu verurteilt, ein Einwanderungsland zu sein. Eine Ost-West-Migration innerhalb Deutschlands paßt zu dieser Vorstellung. Dieser Umstand stützt die Vermutung, daß sich die Frage Aufholen oder Abwanderung, aktive oder passive Sanierung, sehr scharf stellen wird - wie auf des Messers Schneide. Eng damit zusammen hängt die Frage des Sitzes der Bundesregierung. Die Entscheidung für Berlin könnte für den Wiederaufbau im Osten Deutschlands hilfreich sein. Aber sie kann sich auch als Fehlschlag erweisen, sollte das Beitrittsgebiet mit dieser Hilfe nicht bald prosperieren, sondern sich in einem verhängnisvollen Zirkel der passiven Sanierung dazu verurteilen, ein Notstandsgebiet zu bleiben.

Das "Gemeinschaftswerk Aufschwung-Ost", das die Bundesregierung im März 1991 beschlossen hat, soll die Entwicklung zum Besseren wenden, und zwar mit Finanzausweisungen an die (fünf) Länder und Berlin sowie an die Kommunen, mit Investitionszulagen und Sonderabschreibungen für die Unternehmen, mit Mitteln zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, mit zinsgünstigen Krediten und Regionalhilfen für Infrastrukturprojekte, mit Existenzgründungshilfen, etc. Es scheint kaum etwas zu geben, was nicht Aussicht hat, irgendwie gefördert zu werden. Schon 1990 war zu hören, daß die bereitgestellten Mittel nur zum Teil abfließen. Dies wird sich mit der Zeit ändern. Aber ob das finanzielle Fördern im Bereich der Verwaltung und der gewerblichen Produktion schnell viel bewegen wird, ist eine Frage, die für die kurze Periode wohl nur eine skeptische Antwort zuläßt: Es ist oft so, daß es erst noch schlechter werden muß, bevor es besser werden kann. Im

Fachjargon der Wirtschaftswissenschaftler ist dies bekannt als J-Kurven-Effekt. Man darf also nicht schon im ersten Halbjahr 1991 mit einer Umkehr des Schrumpfungsprozesses rechnen. Ob sich danach Unternehmensgeist regen oder Subventionsmentalität breit machen wird, ist eine offene Frage. Was müßte geschehen, damit das Positive bald die Oberhand gewinnt?

Die Antwort liegt in der zeitlichen Dimension. Man muß für das Fördern und Privatisieren - und so mittelbar für alles Umstellen und Modernisieren - Fristen festlegen, damit die Verantwortlichen beim Planen Eile an den Tag legen, sich beim Pläneschmieden feste Ziele setzen und im Vollzug möglichst um die Wette nach dem Erreichbaren streben. Sonst wird dem Aufschwung, der kommen soll, lange Zeit der Schwung fehlen, vergleichbar der Phase des Abwartens am Ende einer konjunkturellen Rezession. Als Teilnehmer am Wettlauf kommen in Betracht: die Länder und Kommunen im Standortwettbewerb um den Ausbau der Infrastruktur, die regionalen Instanzen der Treuhandanstalt in einem Privatisierungswettbewerb, die Industrie- und Handelskammern in einem Wettbewerb um das Unternehmerpotential der Existenzgründer, die privatisierten Unternehmen im Wettlauf um die qualifizierten Arbeitskräfte, die Forschungseinrichtungen im Konkurrenzkampf um Drittmittel und interessante Forschungsaufträge.

Der stärkste Ansporneffekt ist zu erwarten, wenn nach Ablauf der Frist die Fördermittel verfallen und nicht regeneriert werden oder - im Falle der Privatisierung - der direkte Verkauf durch ein allgemeines Bietverfahren ersetzt wird. Am wenigsten wird zur Eile angestachelt, wenn mit einer unverminderten Fortdauer der Hilfe oder Aufgabe gerechnet werden kann, auch weil sich die verantwortlichen politischen Instanzen als unglaubwürdig oder als populistisch erpreßbar erwiesen haben. Zwischen diesen beiden Extremen gibt es mittlere Lösungen. Eine besteht darin, daß die Hilfen und Erleichterungen von vornherein zeitlich so gestaffelt werden, daß sie nach einer Reihe von Jahren praktisch ausgelaufen sind. Geklotzt werden muß also am Anfang, wenn die Schub-

kraft für den Take-off gebraucht wird; später, wenn sich der privatwirtschaftliche Wettbewerb entfaltet hat, sollten Staat und Bundesregierung ihre helfende Hand soweit zurücknehmen, daß sich der Eindruck, Ostdeutschland sei dazu verurteilt, für immer auf der Intensivstation zu bleiben, nicht verfestigt. Das Verkünden dieser Strategie ist nicht ohne Risiko; es schließt ein, daß man die Möglichkeit der passiven Sanierung ohne Scheu ins Auge faßt. Immerhin müssen die Politiker in jedem der neuen Bundesländer wissen, daß für sie Nachteiliges auf dem Spiele steht, wenn sie und die Bevölkerung, der sie Orientierung geben sollen, sich im Aufholwettbewerb ungebührlich viel Zeit lassen. Doch besteht die große Gefahr, daß es im Gefolge krisenhafter Ereignisse und enttäuschter Erwartungen zu Kurzschlußreaktionen kommt: Hoffnungslosigkeit auch auf mittlere Sicht, Hilfsersuchen und Hilfsversprechen für unabsehbare Zeiträume, Strukturpolitik statt Wettbewerb der Standorte und der Unternehmen.

Es gibt die gespenstische Vorstellung, genährt durch die Erfahrungen mit der Einigung Italiens, es könne sehr leicht ganz Ostdeutschland zu einer Art Mezzogiorno werden. Nach Berechnungen von Boltho (1990) ist das Bruttosozialprodukt per Kopf im südlichen Teil Italiens nur wenig mehr als halb so hoch wie in der nördlichen Hälfte. Der Prozentsatz variiert zwischen 49 (1961) und 59 (1984). Nun läßt sich die Mezzogiorno-Schreckensvision zwar nicht ganz ausschließen. Aber der Unterschied zu Italien ist doch deutlich in mehrfacher Hinsicht:

- Ostdeutschland liegt zentraler als Süditalien.
- Es hat mit dem wohlhabenden Teil der Republik eine längere Grenze, die zur gegenseitigen Penetration einlädt.
- Es besitzt in manchen Regionen eine industrielle Basis mit langer Tradition.
- Es kann eine Brückenfunktion wahrnehmen, so zu Polen und der CSFR.

Doch schließt dies nicht aus, daß einzelne strukturschwache Regionen in Ostdeutschland den Anschluß an die weltwirtschaftliche Entwicklung verpassen. Selbst Länder wie Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben einen großen Bedarf an Strukturwandel; sie müssen ihre Produktpalette erneuern und dabei viel von dem nachholen, was es im Westen der Bundesrepublik seit Mitte der sechziger Jahre an Strukturwandel gegeben hat. Man denke an die Stahlindustrie, die Textil- und Bekleidungsindustrie, die optische Industrie und die Unterhaltungselektronik und - bei Mecklenburg-Vorpommern - an die Werften. Was man noch nicht einmal vor der eigenen Haustür absetzen kann, eignet sich wenig zum Erzielen von Einkommen auf wettbewerbsintensiven Exportmärkten.

So gesehen braucht Ostdeutschland, um westliche Lohneinkommen zu erwirtschaften, eine beinahe durchgängige Modernisierung seines gesamten Bestandes an gewerblichem Sachkapital. Hierin besteht einer der wichtigsten Unterschiede zur Lage Westdeutschlands im Jahre 1948. Wenn die alten Betriebsstätten neuen weichen müssen, so erscheint es zweckmäßig,

- möglichst schnell Grundstücke, vor allem außerhalb der Städte, für gewerbliche Zwecke verfügbar zu machen, damit man sie ausländischen wie inländischen Investoren zum Schaffen von Arbeitsplätzen anbieten kann;
- Gewerbe- und Industrieparks in der Nähe günstiger Transportwege anzulegen und diese Transportwege vordringlich auszubauen, sobald erste Ansiedlungserfolge in Aussicht stehen;
- den Neubau von Wohnungen vor allem in der Nähe der neuen Industriezentren zu erleichtern.

Wahrscheinlich läßt sich das Angebot an altlastenfreien Grundstücken am schnellsten auf Kosten landwirtschaftlich genutzter Flächen erweitern. Vielleicht läge hierin für die bisher wenig industrialisierten Landstriche im Norden Ostdeutschlands eine Chan-

ce. Ob diese Chance real ist, muß sich im Ansiedlungswettbewerb zeigen.

Eigentlich müßte die Regionalpolitik in räumlicher Hinsicht so klotzen, wie es für die Strukturpolitik allgemein in zeitlicher Hinsicht beschrieben wurde. Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß die Regionalpolitik zusätzlich zu dem zeitlichen noch ein räumliches Datum setzen muß: zu dem "Jetzt" kommt das "Hier". Eine regionalpolitische Instanz muß, wenn sie nicht große Infrastrukturinvestitionen in den Sand setzen will, vorausahnen, was der Markt wollen wird. Es gibt Möglichkeiten, den Markt zu testen, ohne daß finanziell viel aufs Spiel gesetzt werden muß. Beispiele sind Ansiedlungserleichterungen, die die Form von Regulierungsausnahmen haben: Freihäfen, Zonen freier Wirtschaftsaktivität, Arbeitsförderungszone, in denen keine Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden. Immerhin war das Privileg der Gewerbefreiheit früher ein probates Mittel der Wirtschaftspolitik im Industrialisierungsprozeß, nicht zuletzt in Preußen und Sachsen. Gerade die Länder im Osten, in denen sich soviel im Umbruch befindet, sollten die Chance erhalten, sich mit Deregulierungsexperimenten zu profilieren - in einer Art Deregulierungswettbewerb als Entdeckungsverfahren.

Damit die öffentlichen Hände in den ostdeutschen Ländern die Standortqualität verbessern und so vermehrt Investitionen für neue Arbeitsplätze attrahieren können, wird man ihnen nahelegen müssen, die konsumfördernden öffentlichen Ausgaben zu bremsen, wenn nicht gar streng zu begrenzen. Dies erscheint vertretbar, wenn es richtig ist, daß die Einkommensniveaus in den neuen Bundesländern seit der Währungsunion um 20 bis 30 Prozent gestiegen sind. Die Anhebung der Wohnungsmieten und der Tarife für kommunale und andere öffentliche Dienstleistungen (Gas, Wasser, Elektrizität, öffentlicher Nahverkehr) weist in die richtige Richtung. Eine Regelung, die Kurzarbeitergeld auch denen gewährt, die keine Stunde Arbeit leisten, steht der Entfaltung der Eigeninitiative auf den (legalen) Märkten entgegen. Die Ungeduld

und Unzufriedenheit der Menschen sollte sich in einzelwirtschaftliche Aktivität umsetzen - nicht in Massenprotesten, wie es naheliegt, wenn die Bevölkerung noch in kollektivistischen statt in marktwirtschaftlichen Kategorien zu denken gewöhnt ist.

Wo ist, so muß an dieser Stelle gefragt werden, der Ludwig Erhard unserer Tage, der in der Lage wäre, den Bürgern in Ostdeutschland eine solche Reorientierung zu geben? Eine Persönlichkeit, die allein durch ihre wirtschaftspolitische Kompetenz und Überzeugungskraft zu wirken hätte, brauchte kaum einen Apparat, nur eine Position, die ihr den unmittelbaren Zugang zum Bundeskanzler und zur Öffentlichkeit verschaffte. Ihre Aufgabe bestünde darin, Hemmnisse für den Aufschwung in Ostdeutschland zu identifizieren und mit Nachdruck zu publizieren, Ratschläge zu geben, wo sich die Situation mit einigen Handgriffen schnell bessern läßt, Erfolgsgeschichten als Lehrbeispiele zu verbreiten und die Menschen zu unternehmerischer Tatkraft aufzurufen. Gesucht wird als Ombudsmann für Ostdeutschland eine Persönlichkeit, die praxisnahes Denken mit einem sicheren wirtschaftspolitischen Instinkt verbindet und auf eine überzeugende unternehmerische Leistung zurückblicken kann. Sie würde sich gewiß finden lassen.

ANMERKUNGEN ZUM SYSTEMWANDEL IN ANDEREN LÄNDERN

Die Bevölkerung in Ostdeutschland muß sich nicht ständig mit dem Westen vergleichen. Gegenüber den Menschen in Polen, der CSFR, Ungarn und auch Jugoslawien hat sie wirtschaftlich große Startvorteile, ganz zu schweigen von den Handicaps, unter denen die Bürger der Sowjetunion, einschließlich der baltischen Staaten, oder die Rumänen und Bulgaren zu leiden haben. Zu diesen Vorteilen gehören

- das Vorhandensein einer vollkonvertiblen Währung,
- der Zugang zum Weltkapitalmarkt bei fehlender Auslandsverschuldung,

- die Zugehörigkeit zur EG und zum multilateralen Welthandels-system des GATT,
- die Gültigkeit des Rechts- und Verwaltungssystems der Bundesrepublik,
- der Rückgriff auf Finanztransfers aus den alten Bundesländern, der leichte Zugang zum Know-how und Investitionskapital westdeutscher Unternehmen,
- die größere Möglichkeit des Pendelns der Arbeitskräfte und der Qualifizierung auf Arbeitsplätzen in Westdeutschland.

Währungskonvertibilität und freier Außenhandel, Kapitalimport und Auslandshilfe, internationale Unternehmenskooperation und Technologietransfer und die Qualifizierung der Arbeitskräfte sind Aufgaben, die die Länder in Ost-Mitteuropa zusätzlich zur Privatisierung zu bewältigen haben.

Polen gehörte schon vor der Wende zu jenen Ländern in Ost-Mitteuropa, die ein relativ liberales Image hatten - in einer Rangordnung nach Jugoslawien und Ungarn zwar, aber vor der DDR, der CSSR, Rumänien, Bulgarien, Albanien und der Sowjetunion (Hanke, 1990, S. 3). Deutlich überlegen war Polen gegenüber Ostdeutschland in der Frage des Privateigentums. Es war in dieser Hinsicht vergleichbar mit Jugoslawien, aber auch mit Brasilien oder der Türkei.

Dem Privateigentum und der Privatisierung kommt für den Übergang zur Marktwirtschaft in Ost-Mitteuropa eine Schlüsselfunktion zu. Quantitativ geht es darum, das Ausmaß der Ressourcen, die Privaten gehören und für die private Personen sich einsetzen, zu Lasten der anderen Eigentumsarten zu erhöhen, zu Lasten also des Staatseigentums, des Kollektiveigentums und gemischtwirtschaftlicher Formen, bei denen Gebietskörperschaften Eigentums- und Mitwirkungsrechte haben. Im Grundsatz gilt: Damit effizient produziert wird, müssen die Möglichkeiten, Verluste auf

Dritte abzuwälzen, weitgehend verbaut werden. Also: kein Rent-seeking am Arbeitsplatz oder sonstwo, keine Sozialisierung der Verluste. Wie wichtig dieser Gesichtspunkt ist, zeigen neuere Vergleiche zwischen Ländern (Scully, 1988) und zwischen Unternehmen im Staats- und Privatbesitz. Anders ausgedrückt: Nur die echte Privatisierung, die das Eigentum in der persönlichen Verantwortung verankert, führt zu jener harten Budgetrestriktion, die im weichen Sozialismus oder in der permissiven Gesellschaft fehlt. Die bloße Dezentralisierung der Eigentumsverhältnisse, die Pseudoprivatisierung, ist nicht genug; sie kann die Marktwirtschaft geradezu diskreditieren. Die Suche nach einem "Dritten Weg", auf dem Privateigentum, persönliche Verantwortung oder Wettbewerb lediglich simuliert werden, erscheint kontraproduktiv.

Die Verantwortung für das Eigentum muß möglichst ungeteilt sein. Je mehr der Staat auf das Eigentum einwirken, die Eigentumsrechte einengen kann, umso größer ist die Gefahr, daß er aus irgendwelchen übergeordneten Gründen einen Strich durch die Investitionsrechnung macht. Entsprechend schwächer ist für den privaten Eigentümer der Anreiz, sich zu engagieren, vor allem langfristig zu planen. Wenn gar die Privatisierung reversibel erscheint, kann man auf sie ganz verzichten. Auch gehört zu den Eigentumsrechten die freie Veräußerbarkeit. Vor einigen Monaten hörte der Verfasser in Moskau, daß die Leute in der Sowjetunion kein Interesse am Erwerb von Boden hätten. Hierfür fehle die Tradition. Verständlich erst wurde die Aussage, als der Gesprächspartner auf bohrende Fragen die Auskunft gab, es dürfe der private Eigentümer den Boden nur wieder an den Staat veräußern, also an einen Monopolisten, der den Preis diktieren kann. Eine Privatisierung als Kapitalfalle kann nirgendwo populär sein.

In der Durchführung der Privatisierung ist Eile geboten,

- damit der Prozeß, der selbst bei dem forcierten Tempo, das in Großbritannien an den Tag gelegt wurde, hundert Jahre dauern würde, in einem Jahrzehnt abgeschlossen werden kann;

- damit recht bald unternehmerisches Management zum Zuge kommt, anstelle von Verwaltern, die auf ihre Ablösung warten, die eine spontane Privatisierung (zu ihren Gunsten) betreiben oder die den Übergang zur Marktwirtschaft bremsen (sabotieren);
- damit bald privates Kapital in Kombination mit neuerem technischen Wissen zuströmt und für eine Modernisierung der Produktpalette und der Produktionsprozesse eingesetzt werden kann;
- damit das zukunftsorientierte Prinzip “Privatisieren geht vor Sanieren” nicht wegen des Stockens der Privatisierung umgekehrt wird mit der Folge, daß man Kapital in einer rückwärts-gewandten Sanierung und Subventionierung verschwendet.

Diskreditiert worden ist die Privatisierung in einigen Ländern (wie Ungarn, Polen, CSFR und Jugoslawien) durch die erwähnten spontanen Privatisierungsvorgänge. In diesen Fällen haben Manager von Staatsbetrieben entweder Privatfirmen gegründet und mit diesen Verträge zu Lasten der Staatsfirmen geschlossen oder sich beim Privatisieren vom Erwerber persönliche Vorteile zu Lasten des Staates zusichern lassen.

Ein wesentliches Privatisierungshemmnis - außerhalb Ost-deutschlands - ist Xenophobie. Eigentlich läge es im Interesse der Inländer, das Kollektivvermögen sämtlich an Ausländer zu veräußern in der Absicht, für den Gesamtwert investierbare Ressourcen für neue oder bessere Arbeitsplätze in das Land zu holen. Auch könnte man durch Verkauf an Ausländer Devisenbestände akkumulieren, die geeignet wären, die Kreditwürdigkeit des Landes auf dem internationalen Kapitalmarkt zu erhöhen. Das Kollektivvermögen weltweit zum Verkauf anzubieten, ist auch das beste Mittel, um hohe Privatisierungserlöse zu erzielen und gleichzeitig Zugang zu neuen Technologien und neuen Absatzmärkten zu gewinnen. Demgegenüber gibt es weitverbreitete Vorurteile:

Man befürchtet einen “Ausverkauf” und eine “Abhängigkeit” vom Ausland, als handle es sich um eine militärische Invasion.

Beeinträchtigt werden die erzielbaren Verkaufserlöse durch rechtliche Unklarheiten. Sie beziehen sich vor allem auf

- die Rechte früherer Eigentümer,
- die Ansprüche der Belegschaft (Kündigungsschutz, Beteiligungsrechte, auch nach dem jugoslawischen Modell),
- die Pflicht zur Beseitigung von Umweltlasten.

Am besten erscheint es, wenn die Privatisierungsbehörde die neuen Eigentümer von diesen Altlasten freistellt und einen entsprechend höheren Verkaufspreis erzielt. Denn die Privatisierungsbehörde sollte über die Altlasten besser informiert sein, auch über die Möglichkeiten, sie in Grenzen zu halten, als der Erwerber, bei dem eher ein komparativer Vorteil für die Gestaltung des Neuen zu vermuten ist.

Man unterscheidet in Mittel- und Osteuropa im gewerblichen Bereich zwischen einer großen Privatisierung, die die Industrie betrifft, und einer kleinen Privatisierung, die sich auf die Handwerksbetriebe und die kleinen Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen bezieht. Bisher scheint die kleine Privatisierung fast überall in Gang gekommen zu sein, sogar in der Sowjetunion, aber sie wird auch kritisiert, weil sie Schwarzhändlern Chancen der Geldanlage und Mitgliedern der Nomenklatura neue Aufstiegsmöglichkeiten bietet.

Im Rahmen der großen Privatisierung drängt sich das Ausländerproblem nach vorn, da Inländer kaum über entsprechend viel Geldkapital verfügen, um große Einheiten kaufen zu können. Deshalb sucht man nach alternativen Lösungen. Was man nicht als Ganzes verkaufen kann, muß man als Teil privatisieren oder als Ganzes verschenken.

- Die Teilprivatisierung umschließt die Möglichkeit, daß der Staat seinen Anteil in einen Kredit umwandelt; der Kaufpreis für das Bestehende könnte sogar ganz gestundet werden mit der Folge, daß der neue Eigentümer seine Mittel gänzlich für Produkt- und Prozeßinvestitionen einsetzen kann.
- Eine Möglichkeit des Verschenkens besteht darin, daß man das Eigentum an förderungswürdige Institutionen übergibt, die danach nicht mehr aus Steuermitteln finanziert werden müssen (kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen, Stiftungen).
- Man kann aber auch an die Bevölkerung Privatisierungsgutscheine verteilen mit der Maßgabe, daß diese zum Erwerb von Beteiligungstiteln verwendet werden, sei es von Anteilen an Aktiengesellschaften, die zur Privatisierung anstehen, sei es von Anteilen an Fonds, die miteinander konkurrieren und Aktien verschiedener Gesellschaften in ihrem Besitz haben. Die Gutscheine könnten in Tranchen ausgegeben werden; sie würden auf einen Bruchteil der Tranche lauten und bald - wie ein nennwertloses Wertpapier - einen Marktwert erhalten.

Diese hier skizzierten Möglichkeiten sind geeignet, die große Privatisierung zu beschleunigen, falls Ausländer (vorerst) ausgeschlossen werden sollen. Die Gutschein-Lösung gäbe den Bürgern das Gefühl, daß sie mit der Privatisierung einen Vermögensvorteil erhalten und sie selbst darüber entscheiden, wieviel Zugang Ausländer erhalten und wieviel von den Privatisierungserlösen in Ersparnisse und Investitionen und wieviel in den privaten Konsum gehen soll. Nur der Staat zieht bei der Gutschein-Lösung den kürzeren. Für den Staatsverbrauch gehen die Privatisierungserlöse verloren. Vielleicht ist deshalb die Gutschein-Lösung in Politikerkreisen nicht sonderlich populär. Sie wäre in der Tat eine radikale Form der Individualisierung oder Aufteilung von kollektiv gebildetem Vermögen, ein sprungartiger Übergang vom Staatskapitalismus zum Volkskapitalismus.

Die Gutschein-Lösung hat zur Konsequenz:

- daß die Bürger vermögend werden, aber der Staat Einnahmequellen verliert und deshalb, sofern er nicht Staatsausgaben (Subventionen) einsparen kann, die Bürger höher besteuern muß;
- daß die Bürger ein mittelbares Interesse an der Rentabilität des Kapitals gewinnen;
- daß der Privatisierungsvorgang unter die wachsame Kontrolle der breiten Öffentlichkeit gestellt wird;
- daß dank dieser Kontrolle unnötige Verzögerungen weitgehend vermieden werden;
- daß es aber wegen der breiten Streuung der Gutscheine und damit auch der Anteilsrechte zu einer wirksamen Kontrolle des Managements erst kommen kann, nachdem sich (konkurrierende) Fonds gebildet haben und die Bürger überwiegend - statt Aktien - Fondsanteile halten.

Für Ostdeutschland kommt eine Gutschein-Lösung, wie sie vor allem in Polen und der CSFR diskutiert wird, nicht in Betracht, und zwar aus folgenden Gründen:

- Es gibt umfangreiche Restitutions- oder Entschädigungsansprüche früherer Eigentümer, so daß die verteilbare Vermögensmasse gering sein dürfte.
- Das Argument, man müsse das Sachvermögen verschenken, weil Inländer es wegen ihres niedrigen Geldvermögens nicht käuflich erwerben könnten, hat in der Bundesrepublik Deutschland kein Gewicht. Denn es sind außer westdeutschen auch ausländische Unternehmen als Käufer willkommen. Auch die Bürger der früheren DDR kommen als Erwerber von Vermögenstiteln in Betracht, nachdem ihre Ersparnisse zu recht günstigen Bedingungen auf D-Mark umgestellt wurden.

- Drittens haben sich die Arbeitnehmer in Ostdeutschland - anders als in Polen und der CSFR - bereits einen Teil des Volksvermögens angeeignet durch Löhne, die über dem Wertgrenzprodukt ihrer Arbeit liegen und dadurch einen Substanzverzehr oder einen Subventionsbedarf bedingen. Schließlich dürfte der Wert des privatisierbaren DDR-Vermögens weit unter der Summe dessen liegen, was das Gebiet der früheren DDR in den nächsten Jahren an Transferzahlungen aus Westdeutschland erhalten wird.

Es gibt für Ostdeutschland wesentliche Unterschiede im Vergleich zu Ost-Mittleuropa und auch zu Westdeutschland nach 1948. Einige von ihnen können sich kurzfristig als Vorteil und langfristig als Manko erweisen. Die wichtigste Besonderheit besteht im Vorhandensein eines großen reichen Bruders, auf dessen Hilfe man zu Recht rechnen kann. Bezeichnend sind Äußerungen, die besagen, Westdeutschland verdanke sein Wirtschaftswunder dem Marshall-Plan; Ostdeutschland, das damals Reparationsleistungen zu erbringen hatte, müsse nun den Ausgleich erhalten.

Das reiche Westdeutschland ist in der Lage, größere Finanztransfers vorzunehmen. Es steht aber auch offen als ein Arbeitsmarkt, der dem Tüchtigsten Aufstiegschancen bietet. Die Gefahr der Massenabwanderung hat den Weg zu Währungsunion und zur politischen Vereinigung geebnet; aber die Einigung konnte die Wanderung nur zur Binnenwanderung machen, nicht stoppen. Von denen, die in den Westen Deutschlands übergesiedelt sind, werden manche wieder zurückkehren, gewiß auch mit einem Mehr an Fachkönnen und an Erfahrungen. Aber viele werden Ostdeutschland auf Dauer den Rücken kehren. Mit ihnen verlieren die neuen Bundesländer einen Teil der Attraktivität für das mobile Investitionskapital. Entsprechend mehr an Transferleistungen wird aus den öffentlichen Kassen aufzubringen sein, entsprechend stärker werden die Politiker die Steuerquellen anzapfen wollen. Dies kann in ganz Deutschland die Wachstumsdynamik beeinträchtigen. Im

Westen vor allem kann es sich negativ auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Standorte auswirken: Höhere Unternehmenssteuern, höhere marginale Steuersätze und ein höherer Staatsanteil am Sozialprodukt beeinträchtigen das Image. Und im Ostteil Deutschlands kann sich daraus, daß der Prozeß der Wirtschaftsintegration stark politisiert ist, eine Art Zweckpessimismus ergeben. Auch wenn mit gutem Grund erklärt werden kann, die Lage sei besser als die Stimmung, so schlägt doch eine miese Stimmung über das Verhalten auf die Lage zurück.

Im Gegensatz zu den Westdeutschen des Jahres 1948 können die Ostdeutschen nach 1990 in ihrer Mentalität nicht an eine kapitalistische Tradition anknüpfen. Sie sind stärker geprägt von dem Menschenbild, das der straffe Sozialismus mit seiner zentralen Planung und Lenkung braucht und schafft. Sie warten deshalb mehr auf Anweisungen von oben in der Vorstellung, es seien die oberen Instanzen, die alles zu richten hätten. Sie sind mit dem Privateigentum, dem Ertragsdenken, der Funktion des Zinses, dem Sparen zur Zukunftsvorsorge und dem Abwägen von Chancen und Risiken im eigenverantwortlichen Handeln noch wenig vertraut. Gewiß werden viele schnell umlernen, aber älteren Menschen dürfte es schwerfallen, selbst wenn sie sich um eine positive Einstellung bemühen. Im Zweifel dauert es eine ganze Generation, bis sich der Wandel in der Mentalität ganz und gar vollzogen hat.

Wird in Deutschland der Osten den Westen oder der Westen den Osten im Denken und Verhalten der Menschen stärker beeinflussen? Zahlenmäßig begünstigt ist der Westen. Sein Wohlstand mag im Osten Neidgefühlen Auftrieb geben, aber viele werden sich durch solche Gefühle auch zum Nachahmen angespornt sehen. Zwar wird man im Osten manchen sozialistischen Errungenschaften, die nunmehr fehlen, immer wieder etwas nachtrauern und manche sozialpolitische Ideen, die einen Ersatz bieten, stimmkräftig auch bei Wahlen verstärkt unterstützen, so daß sich die relativen Gewichte im Parteiengefüge sehr wohl verschieben können;

Herbert Giersch

aber Deutschland als Ganzes bleibt dem Westen und seiner Zivilisation eng verbunden.

In Europa hat Deutschland die Chance, Bindeglied zwischen West und Ost zu werden und sein wirtschaftliches Gewicht dafür einzusetzen, daß der östliche Teil des Kontinents verstärkt in den europäischen Marktwirtschaftsraum einbezogen wird.

LITERATURVERZEICHNIS

BOLTHO, Andrea (1990), "The Italian Mezzogiorno: Markets or Policies?", in : Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review, No. 175, December.

GIERSCH, Herbert (1975), "The Case for a European Parallel Currency," in: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Bericht der Studiengruppe 'Wirtschafts- und Währungsunion 1980', Anlage II, Brüssel: Europäische Gemeinschaften.

HANKE, Steve H. (1990), Reflections on Yugoslavia's Transition to a Market Economy, Fairfax, Virginia: Atlas Economics Research Foundation.

JONES, Eric L. (1989), The European Miracle, 2. Auflage, Cambridge: Cambridge University Press.

MILLER, Dennis D. (1990), "Economies of Scale," in: Challenge, May/June.

ROSENBERG, Nathan und Luther E. BIRDZELL (1986), How the West Grew Rich: The Economic Transformation of the Industrial World, New York: Basic Books.

SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1990), Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, Jahresgutachten 1990/91, Stuttgart u. Mainz: Kohlhammer.

SCHMIEDING, Holger (1991), Die ostdeutsche Wirtschaftskrise: Ursachen und Lösungsstrategien. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, Nr. 461.

SCULLY, G.W. (1988), "The Institutional Framework and Economic Development," in: Journal of Political Economy, Vol. 96, Nr. 3.

WEBER, Max (1923), Wirtschaftsgeschichte, hrsg. von S. Hellmann und M. Palyi, München und Leipzig: Duncker & Humblot.